

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

**ENVER HOXHA**

**DIE JUGOSLAWISCHE  
«SELBSTVERWALTUNG»  
KAPITALISTISCHE THEORIE  
UND PRAXIS**

*(Gegen die antisozialistischen  
Ansichten von E. Kardelj im  
Buch «Die Entwicklungsrichtun-  
gen des politischen Systems der  
sozialistischen Selbstverwaltung»)*

VERLAG «8 NENTORI»  
TIRANA, 1978

INSTITUT FÜR MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDIEN  
BEIM ZENTRALKOMITEE DER PARTEI DER ARBEIT  
ALBANIENS

ENVER HOXHA

DIE JUGOSLAWISCHE  
SELBSTVERWALTUNG  
KAPITALISTISCHE THEORIE  
UND PRAXIS

(Über die ontologischen  
Aspekte von E. Hoxha im  
Buch "Die Entwicklung der  
politischen Systeme der  
sozialistischen Selbstverwaltung")

VERLAG «8 NENTORI»  
TIRANA, 1978



**ENVER HOXHA**

Im vergangenen Jahr erschien in Jugoslawien ein Buch, dem grosse Publizität zuteil wird, ein Buch des Chef-theoretikers» des Titorevisionismus, Eduard Kardelj. Es heisst «Die Entwicklungsrichtungen des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung».

Die antimarxistischen Ideen dieses Buches wurden den gesamten Arbeiten des 11. Kongresses der jugoslawischen Revisionistenpartei zugrunde gelegt, die die Titoisten, um ihren bürgerlichen Charakter zu tarnen, «Bund der Kommunisten Jugoslawiens» getauft haben.

Die Titoisten und der internationale Kapitalismus propagieren, wie der 7. Parteitag der PAA hervorhob, das «Selbstverwaltungssystem» als «fertigen und erprobten Weg zum Sozialismus». Ihnen dient er als bevorzugte Waffe im Kampf gegen den Sozialismus, die Revolution und die Befreiungskämpfe.

Diese Gefährlichkeit vor Augen, hielt ich es für angebracht, einige Gedanken über dieses Buch zu äussern.

In Jugoslawien wurde der Kapitalismus bekanntlich vollständig wiedergestellt, nur dass es dieser Kapitalismus versteht, sich geschickt zu tarnen. Jugoslawien gibt sich als sozialistischer Staat, doch von einer besonderen Art, wie man sie auf der Welt bis heute noch nicht gesehen hat! Die Titoisten brüsten sich sogar damit, dass ihr Staat mit dem ersten sozialistischen

Staat, der aus der Sozialistischen Oktoberrevolution hervorging, und den Lenin und Stalin auf der Grundlage der wissenschaftlichen Theorie von Marx und Engels begründeten, nichts gemein hat.

Die jugoslawischen Renegaten kehrten sich von der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus über den sozialistischen Staat von Anfang an ab und arbeiteten darauf hin, dass die Diktatur des Proletariats nicht errichtet wurde, dass Jugoslawien den Weg des Kapitalismus beschritt.

Ich habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt, dass die titoistische Renegatengruppe, die sich getarnt hatte, die sich als Anhänger des in der Sowjetunion errichteten sozialistischen Systems ausgab, die davon tönte, auf der Grundlage der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus den Sozialismus aufbauen zu wollen, in Wirklichkeit sowohl vor als auch nach der Befreiung Jugoslawiens gegen diese Ideologie und gegen die sowjetische revolutionäre Erfahrung war. Diese richtige Schlussfolgerung ergibt sich klar auch aus dem Inhalt von Kardeljs Buch.

## **7. – Kurzer historischer Überblick über den Weg der Titorevisionisten**

Der von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens geführte jugoslawische Nationale Befreiungskampf schloss ausser der Tapferkeit und dem Mut des Volkes auch die Ehrenhaftigkeit der wahren jugoslawischen Kommunisten in sich ein. Doch während dieses Kampfes

machten sich in der jugoslawischen Führung einige verdächtige Tendenzen bemerkbar, die daran denken liessen, dass die titoistische Gruppe in ihrer Haltung zum antifaschistischen Bündnis der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und England zu den Anglo-Amerikanern neigte, was sich später dann auch klar zeigte. Wir sahen damals, dass die titoistische Führung sehr enge Verbindungen zu den westlichen Alliierten unterhielt, besonders zu den Engländern, von denen sie beträchtliche finanzielle und militärische Hilfe erhielt. Ebenso stach die offensichtliche politische Annäherung zwischen Tito und Churchill und dessen Unterhändlern zu einer Zeit ins Auge, da der jugoslawische Nationale Befreiungskampf eng mit dem Befreiungskampf der Sowjetunion verbunden werden müsste, da die Hoffnung aller Völker auf die allseitige Befreiung, was den äusseren Faktor anbetraf, gerade auf diesem Kampf ruhte.

Die gegen die Sowjetunion gerichteten Tendenzen der titoistischen Führung zeigten sich deutlicher am Vorabend des Siegs über den Faschismus, als die Rote Armee, die der deutschen Armee auf den Fersen sass, nach Jugoslawien kam, um den Nationalen Befreiungskampf zu unterstützen. Besonders zur Zeit, als unter den grossen und kleinen am Krieg beteiligten Staaten die Schlussfolgerungen aus diesem grossen Krieg gezogen wurden, wurde offensichtlich, dass das titoistische Jugoslawien vom englischen und amerikanischen Imperialismus unterstützt wurde. Damals fielen die diplomatischen und ideologischen Reibereien zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien ganz deutlich ins Auge. Diese Meinungsverschieden-

heiten betrafen unter anderem auch territoriale Fragen. Jugoslawien forderte Gebiete im Norden, besonders an der Grenze mit Italien. Es schwieg sich aber über die Südgrenzen, besonders die mit Albanien, über Kosova und die albanischen Gebiete in Mazedonien und Montenegro aus. Die Titoisten konnten darüber nicht sprechen, denn damit hätten sie die serbische chauvinistische nationalistische Plattform verletzt.

Heute ist genau bekannt, dass die Meinungsverschiedenheiten der jugoslawischen Führung mit Stalin tiefe Wurzeln hatten. Die revisionistischen Ansichten der jugoslawischen Führung hatten sich lange Zeit vor der Befreiung herauskristallisiert, möglicherweise schon zu der Zeit, als die Kommunistische Partei Jugoslawiens der Komintern angehörte und sich unter dem Regime der serbischen Könige noch in tiefster Illegalität befand. Schon damals hatte ihre Führung abweichlerische, trotzkistische Ansichten gehabt, die von der Komintern, als sie sich zeigten, verurteilt wurden. Die Verurteilung durch die Komintern hat Tito später «gelöscht», was soweit ging, dass er sogar den grössten Abweichler, den Exgeneralsekretär der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Gorkic, rehabilitierte.

Nach der Befreiung Jugoslawiens trat ein Problem von grosser Bedeutung auf: Welche Richtung würde Jugoslawien einschlagen? Diese Richtung würde natürlich sehr von der marxistisch-leninistischen bzw. revisionistischen Weltanschauung der Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens abhängen. Sie gaben sich für Marxisten-Leninisten aus. Anfangs haben auch wir das geglaubt. In Wirklichkeit aber

stellten wir nicht nur an ihrer Tätigkeit im allgemeinen, sondern auch an ihrer konkreten Haltung uns gegenüber fest, dass vieles bei ihnen mit der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus nicht übereinstimmte. Wir sahen, dass sie sich, soweit es nur ging, von der Erfahrung des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion entfernten.

Es war die Tendenz der jugoslawischen Führungsgruppe mit Tito, Kardelj, Rankovic und Djilas an der Spitze, eine Tendenz, die Seit der Zeit der Illegalität der Partei, besonders aber nach der Befreiung auffiel, die Kommunistische Partei Jugoslawiens nicht offen unter ihrem Namen auftreten zu lassen, sondern getarnt, im Mantel der sogenannten Volksfront Jugoslawiens, wie es dann auch geschah. Diese Illegalität wurde mit dem Vorwand gerechtfertigt, «die Grossbourgeoisie und die Kleinbourgeoisie von Stadt und Land könnten beunruhigt und abgeschreckt werden», sie «könnten sich von der aus der Revolution hervorgegangenen neuen Macht abwenden» und «der Kommunismus könnte die Anglo-Amerikaner erschrecken». Man bemühte sich, die Bourgeoisie davon zu überzeugen, die Kommunisten seien nicht an der Macht, die Kommunistische Partei existiere zwar, sie sei jedoch sozusagen Mitglied einer breiten Front, an die sich auch die Leute von Mihailovic, die Leute von Nedic, die Leute von Stojadinovic und anderer reaktionärer «vics» in Jugoslawien, anschliessen könnten.

Tito bildete auch eine provisorische Regierung mit Subasic, dem Exministerpräsidenten der königlichen Exilregierung in London, doch er liess sie nicht lange regieren und liquidierte sie unter dem ständigen Druck des Volkes. Er

behauptete dann, dass er Subasic nicht mochte, die Alliierten hätten ihn ihm aufgezwungen, später schob er die Sache Stalin in die Schuhe. Die Wahrheit ist, dass Tito Subasic Churchill zuliebe akzeptierte, dass er Stalin nicht mochte.

Die Ansichten Titos und seiner Genossen liessen von Anfang an erkennen, dass sie keine «harte Marxisten» waren, wie die Bourgeoisie die konsequenten Marxisten nennt, sondern «vernünftige Marxisten», die mit allen alten und neuen, bürgerlichen und reaktionären Politikern Jugoslawiens eng zusammenarbeiten würden.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens arbeitete, obwohl sie sich für illegal ausgab, legal. Rankovic und Tito gaben ihr aber nicht die Kraft und die führende Rolle, die sie haben musste, weil sie nicht für den sozialistischen Aufbau Jugoslawiens waren. Tito und Rankovic entstellten die marxistisch-leninistischen Normen des Aufbaus und der Rolle der Partei. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens war von Anfang an nicht auf den Grundlagen und Lehren des Marxismus-Leninismus aufgebaut worden. Diese Partei, die angeblich in der Volksfront Jugoslawiens aufgegangen war, machte zusammen mit der Armee, dem Innenministerium und dem Staatssicherheitsdienst das Gesetz. Diese Partei, die den Kampf der jugoslawischen Völker geführt hatte, verwandelte sich nach dem Krieg in eine Abteilung der staatlichen Repressivorgane – der Armee, des Innenministeriums und der UDB. Gemeinsam mit ihnen wurde auch sie zu einem Organ der Unterdrückung der werktätigen Massen, anstatt die Vorhut der Arbeiterklasse zu sein.

Die Propaganda, die betrieben wurde, die Autorität, die die Partei während des Nationalen

Befreiungskampfes und bei den ersten Schritten des Aufbaus Jugoslawiens nach dem Krieg gewonnen hatte, hatten der jugoslawischen Arbeiterklasse den Eindruck gegeben, diese Partei stehe in der Vorhut. In Wirklichkeit war sie nicht die Vorhut der Arbeiterklasse, sondern die einer neuen bürgerlichen Klasse, die sich festzusetzen begann. Im Sinne ihrer konterrevolutionären Absichten stützte sich diese Klasse fest auf das Prestige des Nationalen Befreiungskampfes der Völker Jugoslawiens, während sie die Persepektiven des Aufbaus der neuen Gesellschaft verdunkelte. Eine entartete Partei wie diese würde das titoistische Jugoslawien auf antimarxistische Geleise lenken.

Dieser antimarxistische Weg der jugoslawischen Titoisten, der Gruppe Tito-Kardelj-Rankovic geriet – und das war unvermeidlich – in offenen Widerspruch zum Marxismus-Leninismus, zu den kommunistischen Parteien, zur Sowjetunion, zu Stalin und zu allen volksdemokratischen Ländern, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden. Natürlich vollzog sich dieses Aufeinanderprallen stufenweise, bis zum kritischen Augenblick, an dem sich die Spreu vom Weizen trennte.

Es ist eine unleugbare Tatsache, dass die Völker Jugoslawiens gekämpft haben. Jugoslawien brachte grosse Opfer ebenso, wie Albanien. Die jugoslawischen antimarxistischen Führer betrieben unter dem Deckmantel dieses Kampfes Spekulation, sie nutzten für die einheimische und ausländischen öffentliche Meinung auch die Bewertung Jugoslawiens durch die Sowjetunion aus, die dieses Land als einen wichtigen Verbündeten auf dem marxistisch-leninistischen Weg des Sozialismus betrachtete.

Es liess nicht lange auf sich warten, dass die Titoisten in ihren Beziehungen zu den gerade geschaffenen Staaten der Volksdemokratie, ganz besonders in den Beziehungen zu unserem Land, Herrschaftstendenzen, expansionistische und hegemonistische Tendenzen an den Tag legten. Wie wir wissen, versuchten sie, uns ihre politischen, ideologischen, organisatorischen und staatlichen antimarxistischen Auffassungen aufzuzwingen. Sie gingen sogar soweit, verabscheuungswürdige Versuche zu unternehmen, Albanien in eine Republik Jugoslawiens zu verwandeln. Bei diesem erfolglosen und schändlichen Unterfangen stiessen die Titoisten auf unseren entschlossenen Widerstand. Anfänglich war unser Widerstand noch unkristallisiert, denn wir hegten noch nicht den Verdacht, dass die jugoslawische Führung den kapitalistischen und revisionistischen Weg eingeschlagen haben könnte. Nach einigen Jahren jedoch, als die hegemonistischen und expansionistischen Tendenzen klar zutage traten, stellten wir uns ihr hart und vorbehaltlos entgegen.

Die Titoisten versuchten, uns ihren Willen aufzuzwingen, indem sie auf verschiedenster Art Druck und Erpressung anwandten. Zu diesem Zweck zettelten sie auch das Komplott mit Koçi Xoxe an. Diese imperialistische Praxis betrieben sie, obwohl in geringerem Mass, auch anderen Ländern gegenüber, wie Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei. All diese niederträchtigen Akte zeigten, dass Jugoslawien nicht den Weg des Sozialismus beschritt, sondern zu einem Werkzeug im Dienste des Weltkapitalismus geworden war.

Jeder Tag, der verging, liess besser erkennen, dass in Jugoslawien nicht eine sozialistische

Gesellschaft leninistischen Typs aufgebaut wurde, sondern dass sich der Kapitalismus entwickelte. Die Schritte, die auf diesem kapitalistischen Weg getan wurden, wurden unterdessen mit der angeblichen Suche nach neuen spezifischen Formen des «Sozialismus» getarnt. Gerade zu diesem Zweck entlieh die jugoslawische revisionistische Führung mit Tito, Kardelj und Rankovic an der Spitze, im Versuch, ihren Verrat einigermaßen «theoretisch» zu rechtfertigen, die verschiedensten Ideen aus dem Arsenal der alten Revisionisten und festigte damit mit allen Mitteln ihren Staat faschistischen Typs. Die Armee, das Innenministerium, die UDB wurden allmächtig.

Obwohl sie dabei war, den Kapitalismus zu errichten, bemühte sich die jugoslawische Führung unter den Volksmassen die Meinung zu erwecken, in Jugoslawien würden die Ziele des Kampfes nicht verraten, es gebe dort einen Staat mit sozialistischer Orientierung, dessen Führung eine kommunistische Partei innehatte, die den Marxismus verteidige und angeblich gerade deshalb in Widerspruch zur Sowjetunion, zu Stalin, zu den kommunistischen Parteien und zu den Ländern der Volksdemokratie geraten war.

Um ihre Positionen zu verteidigen, die durch ihre Entlarvung in der öffentlichen Meinung des Landes und in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung stark ins Wanken geraten waren, verkündeten die Titoisten in Fortsetzung ihrer Betrugspolitik, «ernsthafte» Aktionen zur Errichtung des Sozialismus auf dem Land, zur Kollektivierung der Landwirtschaft gemäss den leninistischen Prinzipien

unternehmen zu wollen, deshalb bildeten sie die sogenannten Zadrugas. Um eine Vorstellung davon zu geben, wie ernst es die titoistischen Renegaten mit dem Aufbau des Sozialismus auf dem Lande meinten, braucht man nur daran zu erinnern, dass die Zadrugas schon wieder aufgelöst wurden, kaum dass sie richtig geschaffen worden waren. Von der Kollektivierung des jugoslawischen Dorfes ist keine Spur mehr übrig geblieben.

Bis zum Jahr 1948, als der endgültige Bruch zwischen der Sowjetunion, den volksdemokratischen Ländern und der internationalen kommunistischen Bewegung auf der einen und Jugoslawien auf der anderen Seite erfolgte, befand sich dieses im Anfangsstadium des chaotischen Kapitalismus, in einer politisch, ideologisch und wirtschaftlich verworrenen Lage, in einer außerordentlich schwierigen Situation. Dies trieb die Tito-Kardelj-Rankovic-Gruppe dazu, offener zu handeln, sich enger an den Weltkapitalismus, besonders an den amerikanischen Imperialismus anzulehnen, um die Macht zu wahren und die Lage zu ihren Gunsten zu verändern.

Nach 1948 befand sich Jugoslawien, das in einer schweren politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Krise steckte, infolge der antimarxistischen Abweichung seiner Führung an einem Kreuzweg. Die titoistischen Renegaten wollten sozusagen auf zwei «Stühlen» sitzen. Auf dem «Stuhl» des Marxismus-Leninismus wollten sie sitzen, um den Schein zu wahren, nur pro forma, während sie sich auf dem anderen, dem kapitalistisch-revisionistischen «Stuhl» richtig niederlassen wollten. Um dies jedoch verwirklichen zu können, brauchten sie unbedingt eine gewisse Zeit. Die Periode nach

1948 war durch die grosse Krise, durch die Verwirrung – und das Durcheinander stark ge-  
trübt und zerüttet.

Für die Renegatengruppe Tito-Kardelj-Rankovic stellte sich die Frage: Wie konnte sie die Macht behalten und jeden Widerstand des Proletariats und der Völker Jugoslawiens unterdrücken, die für den Sozialismus in Freundschaft und vollständiger Einheit mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie kämpften? Zu diesem Zweck machten sich die jugoslawischen Revisionisten in erster Linie daran, alles, was in ihrer Partei möglicherweise noch an Marxistisch-Leninistischem verblieben war, und sei es noch so gering, zu liquidieren, und sie in ein Instrument ihrer bürgerlich-revisionistischen Ideologie und Politik zu verwandeln, sie jeder leitenden Funktion zu entkleiden. Die Arbeiterklasse wollten sie zu einer trägen Masse machen, die ausserstande war, den Verrat zu erkennen und als die entscheidende politische Kraft der Revolution ihm entgegenzuwirken. Die Normen des demokratischen Zentralismus in der Partei wurden mit Füßen getreten. Die Partei wurde von der UDB abhängig gemacht, die von den Titoisten als Mittel zur Unterdrückung aller Elemente eingesetzt wurde, die nicht für die regressive antimarxistische Wendung waren. Die Partei wurde von allen Menschen «gesäubert», die dem Sozialismus die Treue hielten. Unabhängig davon, dass in ihr zum Schein einige Normen in bezug auf Wahlen, Versammlungen, Konferenzen gewahrt wurden, konzentrierte ihre bürokratische Führung in Wirklichkeit die ganze Macht in dieser angeblich marxistisch-leninistischen Partei in ihren Händen und verwandelte sie in

ein blosses Ausführungsorgan ihrer Befehle und der Befehle des Staatssicherheitsdienstes. So verwandelte die Kommunistische Partei Jugoslawiens vollständig ihr Aussehen und verlor alle Merkmale der Vorhutpartei der Arbeiterklasse, als politische führende Kraft der Gesellschaft. Das war ein grosser Sieg für den Kapitalismus, für die in- und ausländische Bourgeoisie.

Um ihre Herrschaft zu retten, mussten die titoistischen Renegaten ohne Aufsehen die Staatsmacht liquidieren, die aus dem Nationalen Befreiungskampf hervorgegangen war und eine andere Staatsmacht errichten, eine grausame faschistische Diktatur.

Die Führungsgruppe Tito-Kardelj-Rankovic vollzog also die Liquidierung aller marxistisch-leninistischen Merkmale der Revolution und machte sich auf die Suche nach angeblich neuen «sozialistischen», in Wirklichkeit aber kapitalistischen Wegen auf dem Feld der Wirtschaft, der Innen- und Aussenpolitik, der Bildung und der Kultur und in allen anderen Lebensbereichen zu suchen. In dieser Situation wurden die Staatssicherheitsorgane und die Armee in Jugoslawien zur bevorzugten, brutalen Waffe zur Verfügung dieser Handvoll von Renegaten, die drakonisch jeden bestrafen, der es wagte, den Verrat anzuprangern. Es begannen die Massen Verfolgungen und -erschliessungen aller gesunden marxistisch-leninistischen Elemente. Die furchtbaren Konzentrationslager, von denen eines das in Goli-Otok war, füllten sich mit Gefangenen und Internierten.

Die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien stellte sich in dieser Zeit sehr schwierig dar. Das lag an der Zerstörung der Wirtschaft wäh-

rend des Krieges, an der wirren Politik der jugoslawischen Führung, am Abbruch aller Beziehungen zur Sowjetunion, der bewirkte, dass Jugoslawien nicht weiter in den Genuss der beträchtlichen Hilfe kam, die es in den ersten Jahren nach der Befreiung erhalten hatte, und auch daran, dass Jugoslawien die Reichtümer der volksdemokratischen Länder, wie Albanien, nicht mehr durch «gemeinsame», auf ungerechten Grundlagen aufgebaute Gesellschaften, die nur der einen Seite, Jugoslawien, nützen, plündern konnte.

Natürlich sahen die jugoslawischen Renegaten den einzigen Ausweg aus der Krise im Terror. Als schon seit geraumer Zeit durchgebildete Agentur des Weltkapitalismus, wandte sie sich sofort an ihn um Hilfe, und dieser, besonders der amerikanische Imperialismus, zeigte sich sofort bereit, Tito und Konsorten alle Hilfe und die nötige Unterstützung zu gewähren, damit er seine Haut retten konnte und um sie zu einem wichtigen Werkzeug im Kampf gegen den Sozialismus, die Revolution und die Befreiungsbewegungen zu machen. Die imperialistischen Mächte warteten ungeduldig auf diese Wendung, denn dafür hatten sie bereits während des Krieges Vorbereitungen getroffen. Deshalb liessen sie es nicht nur nicht an grosser wirtschaftlicher «Hilfe» fehlen, sondern sie gaben Tito auch starke politisch-ideologische Unterstützung. Sie versorgten ihn auch mit Waffen und Rüstungsgütern verschiedener Art und banden ihn durch den Balkanpakt an die NATO.

In der ersten Periode wurde Jugoslawien besonders in Industrie und Landwirtschaft durch die Kapitalinvestitionen ausländischer Gesellschaften «geholfen».

Auf dem Gebiet der Industrie, wo sich der USA-Imperialismus besonders «grosszügig» erwies, begann die ganze Geschichte mit der «Hilfe» bei der Wiederherstellung der vorhandenen alten Fabriken, so dass sie mehr oder weniger in die Lage versetzt wurden die Produktion aufzunehmen, eine Produktion, die ausreichte, um das sich herauskristallisierende bürgerlich-revisionistische Regime, das seine Blicke dem Weltkapitalismus zugewandt hatte, auf den Beinen zu halten.

Das titoistische Regime musste auch das halbausgebildete System der Kollektivierung der Landwirtschaft wieder liquidieren, das in einer Reihe von Agrarwirtschaften aufgebaut worden war, und ein neues System schaffen, das wieder die Kulaken und die Grossgrundbesitzer begünstige. Bei der Neuverteilung des Bodens wurden Formen und Methoden gefunden, durch die das alte Kulakentum wiederhergestellt wurde, ohne im Lande allzu grosse Unruhen zu verursachen. Der Staat traf eine Reihe von kapitalistischen Massnahmen, zum Beispiel die Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen, und den Verkauf der Maschinen an die reichen Bauern, die sie bezahlen konnten, die Einführung hoher Steuern für die Bauern. Die Staatsfarmen wurden ebenfalls in kapitalistische Betriebe verwandelt, in denen auch ausländisches Kapital investiert wurde usw.

Vom ausländischen Kapital profitierten die einheimischen Kaufleute und Industriellen sehr, denen grosse Zugeständnisse gemacht wurden.

Diese Massnahmen liessen keinen Zweifel darüber offen, dass der «Sozialismus», den Jugoslawien aufbaute, nichts anderes war als der Weg der Integration in den Kapitalismus.

Auf diese Weise wurde der Boden für das Eindringen ausländischen Kapitals in immer stärkerem Mass und in immer höherem Grad bereitet, in einer für den Weltkapitalismus sehr günstigen politischen, ideologischen und organisatorischen Atmosphäre. Dieser würde sich des Titoregimes mit der Hilfe, die es ihm gab, als Sprungbrett für den Verstoß in die anderen volksdemokratischen Länder bedienen.

Diese politische, ideologische und ökonomische Orientierung des titoistischen Jugoslawiens auf den Kapitalismus bewirkte, dass der Klassenkampf dort eine andere Richtung nahm, und sich nicht als Triebkraft der sozialistischen Gesellschaft entwickelt, sondern als Triebkraft im Kampf zwischen gegnerischen Klassen, wie das in jedem kapitalistischen Staat der Fall ist, in dem die Diktatur der Bourgeoisie herrscht. Der titoistische bürgerlich-revisionistische Staat lenkte den Klassenkampf in Jugoslawien gegen die fortschrittlichen Elemente der Arbeiterklasse, gegen die Kommunisten, die dem verräterischen Kurs Widerstand leisteten.

Es dauerte nicht lange, bis der demokratische Zentralismus auch auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Staatsverwaltung liquidiert wurde. Zwar waren in Jugoslawien auch einige Fabriken verstaatlicht worden, der Aussenhandel wurde zum Staatsmonopol erklärt, und es hieß, in der Organisation und der Tätigkeit des Staates und der Partei werde angeblich das Prinzip des demokratischen Zentralismus angewandt. Doch diese Massnahmen, die revolutionären Charakter zu haben schienen, waren weder vollständig noch konsequent. Der Zentralismus hatte in Jugoslawien nicht die wahre leninistische Bedeutung, dass das gesamte öko-

nomische und politische Leben der Gesellschaft sich entwickelt, indem die zentralisierte Leitung mit der schöpferischen Initiative der örtlichen Organe und der werktätigen Massen verknüpft wird. Vielmehr zielte er darauf ab, eine diktatorische Kraft faschistischen Typs zu schaffen, imstande, den Völkern Jugoslawiens von oben her den Willen des herrschenden Regimes aufzuzwingen. Diese ersten Massnahmen, die als angeblich sozialistische Tendenzen gepriesen wurden, erhielten mit den Jahren eine eindeutig antimarxistische, konterrevolutionäre Ausrichtung. Die gesamte staatliche Organisation und die staatliche Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet nahmen kapitalistische Merkmale an, in offenem Gegensatz zur grundlegenden Erfahrung des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion Lenins und Stalins.

Man kann sagen, dass in der Tätigkeit des jugoslawischen Staates in den ersten Jahren nach 1948 das Prinzip des Zentralismus angewandt wurde, weil die Föderation Jugoslawien sehr drückende, schwierige Bürden zu tragen hatte, die sie dezentralisiert nicht lösen konnte. Diese Momente erforderten die Aufrechterhaltung des Zentralismus, denn im Gefüge der Föderation existierten die Republiken, jede einzelne mit verschiedenen nationalistischen politischen Strömungen, die danach strebten, sich von der Föderation zu lösen. Doch diese Spielart des Zentralismus war ein bürokratischer Zentralismus; die Wirtschaftspläne wurde von oben festgelegt, ohne an der Basis diskutiert zu werden, sie waren nicht durchdacht und zielten nicht auf eine harmonische Entwicklung der verschiedenen Zweige der Wirtschaft der Republiken und Gebiete der Föderation ab, die

Befehle waren willkürlich und wurden blindlings durchgeführt, die Produkte wurden gewaltsam erfasst. Aus diesem Chaos, in dem von der Initiative der lokalen Partei- und Staatsorgane und der Initiative der werktätigen Massen nichts zu sehen war, müssten unweigerlich Misstimmigkeiten hervorgehen, – was auch eintrat –, die mit Blut und Terror unterdrückt wurden.

Diesen Zustand stimulierten auch die kapitalistischen Staaten, die das titoistische Regime unter ihre Fittiche genommen hatten, um Jugoslawien in eine kapitalistische Richtung zu lenken. Von dieser Lage profitierend, rivalisierten die diversen Imperialisten darin, wer nun seine Finger, am tiefsten in die Angelegenheiten dieses bastardierten Staates hineinstecken könnte, um ihm zusammen mit den Krediten die sie gaben, auch ihre politischen, ideologischen und organisatorischen Anschauungen aufzuzwingen.

Für die ausländischen Kapitalisten, die die titoistische Renegatengruppe unterstützten, war klar, dass diese Gruppe ihnen dienen würde, sie spürten aber auch, dass es notwendig war, in Jugoslawien, nachdem die chaotische und turbulente Situation überwunden war, eine stabilere Lage zu schaffen. Andernfalls wären die grossen Investitionen, die sie vornahmen und in Zukunft noch erhöhen würden, nicht sicher angelegt gewesen.

Um die erwünschte, für den Kapitalismus vorteilhafte Situation zu schaffen, musste die Dezentralisierung der Leitung in der Wirtschaft verwirklicht, mussten die Rechte der Kapitalisten, die in der Wirtschaft dieses Staates grosse Summen investierten, gesetzlich anerkannt und geschützt werden.

Die titoistische Führung war sich über den Wunsch des Weltkapitalismus im klaren, dass Jugoslawien, als Werkzeug in seinen Händen, möglichst geeignet sein sollte, die anderen zu betrügen. Folglich konnte er kein offen faschistisches Blutregime akzeptieren, wie es die Antimarxisten Tito-Kardelj-Rankovic errichtet hatten. Aus diesem Grund traf die Gruppe Tito-Kardelj 1967 Massnahmen, und liquidierte die Gruppe um Rankovic, die sie für alle Übel des titoistischen Regimes bis zu jener Periode verantwortlich machte.

Mit der Liquidierung Rankovics kam der Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens nicht aus der schweren Krise heraus, in die sie geraten war. Sie wurde weiterhin nach den alten titoistischen Ansichten behandelt, deren Kern war, dass der Bund allein die «kommunistische» Tarnung aufrechtzuerhalten, jedoch keinerlei führende Rolle in der staatlichen Tätigkeit, in der Armee, in der Wirtschaft zu spielen habe. Die Titoisten gaben der Partei auch einen neuen Namen und taufte sie «Bund der Kommunisten», angeblich um ihr einen authentisch «marxistischen» Namen aus dem Wörterbuch von Karl Marx zu geben. Diesem sogenannten «Bund der Kommunisten» wurde offiziell nur das Recht zuerkannt, zu erziehen. Doch auch diese erzieherische Rolle war nicht existent, aus dem Grund, dass die jugoslawische Gesellschaft, die durch die Propaganda einer angeblich marxistisch-leninistischen Politik und Ideologie an der Wiege des sogenannten «Sozialistischen Bundes Jugoslawiens» eingelullt wurde, auf dem kapitalistischen Weg entartete.

Obwohl die jugoslawische Revisionisten-

partei aus der Illegalität heraustrat, zerfloss sie als Ergebnis der kapitalistischen Dezentralisierung zu jener Art des ideologischen Pluralismus, der später «demokratisches» System genannt werden sollte. Das Hauptziel war, dass nachdem die Partei in eine bürgerliche Partei verwandelt worden war, zu bewirken, sich die kapitalistischen Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vollständig herauskristallisierten. Auf diese Weise wurde in Jugoslawien der geeignete Boden für das Aufblühen von anarchosyndikalistischen Theorien bereitet, gegen die Marx, Engels, Lenin und Stalin gekämpft hatten. Unter diesen Bedingungen wurde die pseudo-marxistisch-leninistische Theorie über das politische System der «sozialistischen Selbstverwaltung» ausgeklügelt, das Kardelj in seinem Buch behandelt hat.

Ich habe mich etwas länger bei der historischen Seite der Entwicklung Jugoslawiens auf dem revisionistischen Weg aufgehalten, nicht weil uns diese Probleme unbekannt wären, sondern um die Verlogenheit von Kardeljs «theoretischem» Denken besser zu erhellen. Dieser kann als Komplize Titos beim grossen Verrat an der Revolution und am Sozialismus gar keine andere Position einnehmen, als aus Schwarz Weiss zu machen und den Kapitalismus Sozialismus nennen. Nun, da sie die unrühmliche Entwicklung sehen, in die sie ihr Land gestürzt haben, versuchen diese Renegaten die chaotische Situation, die sie selbst geschaffen haben, «theoretisch» zu rechtfertigen. Daraus erklären sich auch die unklaren Gedanken Kardeljs. Cha-

tisch ist die jugoslawische Wirklichkeit, konfus sind auch die «Theorisierungen» darüber. Wie sollte es auch anders sein.

## 2. – Das System der «Selbstverwaltung» in der Wirtschaft

Die Theorie und Praxis der jugoslawischen «Selbstverwaltung» ist eine offene Leugnung der Lehren des Marxismus-Leninismus und der allgemeinen Gesetze über den Aufbau des Sozialismus.

Das Wesen des «Selbstverwaltungssozialismus» in der Wirtschaft ist die Vorstellung, dass der Sozialismus angeblich nicht aufgebaut werden kann, wenn die Produktionsmittel in Händen des sozialistischen Staates konzentriert sind und so das Staatseigentum als die höchste Form des sozialistischen Eigentums geschaffen wird. Vielmehr müssen das sozialistische Staatseigentum in Eigentum einzelner Gruppen von Arbeitern zersplittert werden, die es angeblich unmittelbar selbstverwalten. Schon 1848 betonten Marx und Engels:

*«Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dafür benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreissen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren...»<sup>1</sup>*

---

1 K. Marx F. Engels, Ausgewählte Werke, Bd. I, alb. Ausg. S. 42

Das gleiche betonte auch Lenin, als er die anarchosyndikalistischen Ansichten der parteifeindlichen Gruppe der «Arbeiteropposition» heftig bekämpfte, die die Übergabe der Fabriken an die Arbeiter und die Leitung und Organisation der Produktion durch den «Kongress der Produzenten» als Vertretung einzelner Gruppen von Werktätigen, anstatt durch den sozialistischen Staat forderten. Diese Ansichten wertete Lenin als

«...völligen Bruch mit dem Marxismus und dem Kommunismus»<sup>1</sup>.

Er verwies darauf, dass

«jede direkte oder indirekte Rechtfertigung des Eigentums der Arbeiter einer bestimmten Fabrik oder eines bestimmten Berufs an ihrem jeweiligen Produkt, jede Bescheinigung ihres Rechts, die Anordnungen der allgemeinen staatlichen Macht abzuschwächen oder zu behindern, eine schwerwiegende Entstellung der grundlegenden Prinzipien der Sowjetmacht und die vollständige Abkehr vom Sozialismus sei.»<sup>2</sup>

Schon im Juni 1950, als Tito der Volksversammlung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien das Gesetz über die «Selbstverwaltung» vorlegte und seine revisionistischen Ansichten über das Eigentum im «Sozialismus» entwickelte, sagte er unter anderem: «Von nun an wird das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln,

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, alb. Ausgabe, S. 283.

2 Vgl. W. I. Lenin, «Über den Demokratismus und den sozialistischen Charakter der Sowjetmacht»

werden die Fabriken, die Bergwerke, die Eisenbahnen, nach und nach in die höchste Form des sozialistischen Eigentums übergehen. Das Saateigentum ist die niedrigste Form des gesellschaftlichen Eigentums und nicht die höchste...» Zu den «charakteristischen Handlungen eines sozialistischen Landes» gehöre «die Überführung der Fabriken und anderer Wirtschaftsbetriebe aus den Händen des Staates in die Hände der Arbeiter, damit sie sie leiten...», denn sie werde die «Aktionslosung der Arbeiterbewegung 'Die Fabriken den Arbeitern' verwirklicht»<sup>1</sup>.

Diese Aussprüche Titos gleichen den reaktionären Ansichten der anarchosyndikalistischen «Arbeiteropposition», die Lenin schon zu seiner Zeit entlarvt hat, wie ein Ei dem anderen, aber auch den Ansichten Proudhons, der in seiner Arbeit «Theorie des Eigentums» schrieb, dass «das spontane Produkt einer kollektiven Einheit... als Triumph der Freiheit... und als die höchsten revolutionäre Form betrachtet werden kann., die es gibt und die der Staatsmacht entgegengestellt werden kann.» Oder nehmen wir das, was einer der Führer der Zweiten Internationale, Otto Bauer, in seinem Buch «Der weg zum Sozialismus» schrieb: «Wer wird also in Zukunft die vergesellschaftete Industrie leiten? Die Regierung? Nein! Wenn die Regierung ausnahmslos alle Industriezweige leitete, würde sie gegenüber dem Volk und gegenüber der Nationalvertretung zu stark werden. Ein solches Anwachsen der Regierungsmacht wäre für die Demokratie gefährlich.»<sup>2</sup>.

1 Die Fabriken den Arbeitern, Prishtina 1951, S. 37, 19, 1

2 Otto Bauer, «Der Weg zum Sozialismus», S. 18, Paris, 1919

In Übereinstimmung mit Titos Ansichten betont auch E. Kardelj in seinem Buch: «Unsere Gesellschaft ist gezwungen so zu handeln, sobald sie auf das Selbstregieren und die selbstregierte Vergesellschaftlichung des gesellschaftlichen Eigentums festgelegt ist, gegen das Verewigung der staatlichen Eigentumsform der sozialistischen Produktionsverhältnisse» (S.66)\*. Das bedeutet, dass in Jugoslawien das System des Privateigentums errichtet worden ist und das sozialistische Staatseigentum, das Eigentum des ganzen Volkes nicht mehr existiert.

Ganz anders ist es in unserem Land, wo dieses gemeinsame sozialistische Eigentum vom Staat der Diktatur des Proletariats unter Teilnahme der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in korrekten, zentralisierten, von unten geplanten und von oben orientierten Formen geleitet wird.

Der Weg der Dezentralisierung der Produktionsmittel entsprechend den anarchosyndikalistischen Vorstellungen von der Arbeiter-«selbstverwaltung» ist im Kern nichts anderes als eine raffinierte Art, um das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln aufrechtzuerhalten und zu konsolidieren, nur in einer als «von Arbeitergruppen verwaltetes Eigentum» getarnten Form. In der Tat sind alle verwickelten und verschwommenen Begriffe, die der «Theoretiker» Kardelj in seinen Buch erfinden hat, wie «Grundlegende Organisation der vereinten Arbeit», «zusammengesetzte Organisation der vereinten Arbeit», «Arbeiterräte der Grundlegenden oder der zusammengesetzten

---

\*) Alle Anführungen aus E. Kardeljs Buch nach der albanischen Übersetzung der Redaktion des Verlags von Prishtina, 1977 (Anmerkung des Verlags «8 Nëntori», Tirana)

Organisation der vereinten Arbeit», «selbstregierende Interessengemeinschaften» usw. usf., die auch in die Gesetzgebung des jugoslawischen kapitalistischen Staates eingeführt worden sind, nichts anderes, als eine aufpolierte Fassade, hinter der verborgen wird, dass die Arbeiterklasse des Rechts auf das Eigentum an den Produktionsmitteln beraubt ist und durch die Bourgeoisie brutal ausgebeutet wird.

Dieses Privateigentum besteht in Jugoslawien nicht nur in getarnter Form, sondern auch in seiner üblichen Form, in der Stadt und auf dem Land. Das gibt auch Eduard Kardelj in seinem Buch zu, wenn er schreibt: «Besondere Bedeutung haben in unserer Gesellschaft auch Rechte... wie das Recht auf persönliches Eigentum bzw., in einem bestimmten Rahmen, auch auf Privateigentum» (S. 177) Kardelj bemüht sich vergebens, den negativen Effekt herunterzuspielen, den es haben kann, wenn das Privateigentums offen geduldet wird, sei es auch in der Form der Kleinproduktion, die, wie Lenin sagte, täglich und stündlich Kapitalismus hervorbringt. Die jugoslawischen Revisionisten haben auch besondere Gesetze zur Ermunterung der Privatwirtschaft erlassen, Gesetze, die den Bürgern das Recht zuerkennen, «Betriebe zu gründen» und «Arbeitskräfte einzustellen». In der jugoslawischen Verfassung heisst es ausdrücklich: «Privatpersonen haben die gleiche sozialökonomische Stellung, die gleiche Rechte und Pflichten wie die Werktätigen der sozialökonomischen Organisationen».

Das kleine Privateigentum beherrscht die jugoslawische Landwirtschaft vollständig und verfügt über etwa 90 Prozent der Nutzfläche: 9 Millionen Hektar Land gehören zum Privat-

sektor, über 10 Prozent davon, das heisst, 1,15 Millionen Hektar, zum monopolkapitalistischen, sogenannten gesellschaftlichen Sektor. Über 5 Millionen Bauern bewirtschaften in Jugoslawien im Privateigentum befindlichen Boden. Das jugoslawische Dorf hat noch nie den Weg der wahren sozialistischen Umgestaltung beschritten. Über diesen Zustand verliert Kardelj in seinem Buch kein Wort und vermeidet es, auf das Problem einzugehen, wie es mit seinem System der «Selbstverwaltung» in der Landwirtschaft aussieht. Wenn er allerdings behauptet, mit diesem System baue man den Sozialismus auf, wie ist es dann möglich, dass er vergisst, auch in der Landwirtschaft «den Sozialismus aufzubauen», die nahezu die Hälfte der Wirtschaft ausmacht? Die marxistisch-leninistische Theorie lehrt uns, dass der Sozialismus in der Stadt wie auf dem Land aufgebaut wird – nicht auf der Grundlage des staatskapitalistischen Eigentums, des angeblich von Arbeitergruppen verwalteten Eigentums oder des offenen Privateigentums, sondern nur auf der Basis des sozialistischen gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.

In Jugoslawien ist das Privateigentum an Grund und Boden von 10 bis 25 Hektar Land erlaubt<sup>1</sup>. Doch das jugoslawische Gesetz, das den An- und Verkauf des Grund und Bodens, seine Verpachtung und Belastung mit Hypotheken, den An- und Verkauf von Landmaschinen und die Einstellung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft zulässt, schuf der neuen bürgerlichen Klasse des Dorfes, dem Kulakentum, die Möglichkeit, auf Kosten der armen Bauern ihre

1. V. Vasic, «Die Wirtschaftspolitik Jugoslawiens», Veröffentlichung der Universität Prishtina, 1970.

Bodenfläche, die Zahl der Arbeitsmittel, der Traktoren und Lastwagen zu vergrössern und als Folge davon, die kapitalistische Ausbeutung zu erhöhen und zu intensivieren.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind in der jugoslawischen Wirtschaft so tief verwurzelt worden, dass auch ausländischen Kapitalisten und Firmen freies Betätigungsfeld gelassen wurde, zu investieren und zusammen mit der einheimischen Bourgeoisie die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen Jugoslawiens auszubeuten. Das jugoslawische System der Selbstverwaltung kann mit Recht als eine Macht der Kooperation zwischen dem jugoslawischen und dem amerikanischen Kapitalismus und anderen Kapitalisten bezeichnet werden. Diese sind Partner bei der Verfügung über die Reichtümer Jugoslawiens in jeder Hinsicht – bei den Fabriken, im Verkehrswesen, im Hotelgewerbe, im Wohnungsbau bis hin zur Seele der Menschen.

Wenn die jugoslawische Wirtschaft bei ihrer Entwicklung einige Schritte getan hat, so ist das nicht im geringsten dem System der «Selbstverwaltung» zu verdanken, wie das die Tito-revisionisten für sich in Anspruch nehmen. Nach Jugoslawien sind in Form von Investitionen, Krediten und «Hilfen» grosse Kapitalien der kapitalistischen Welt eingeströmt, die einen beträchtlichen Teil der materiellen Basis des jugoslawischen kapitalistisch-revisionistischen Systems ausmachen. Allein die Verschuldung beläuft sich auf über 11 Milliarden Dollar. Von den Vereinigten Staaten von Amerika hat Jugoslawien über 7 Milliarden Dollar an Krediten erhalten.

Die internationale Bourgeoisie hat das ju-

goslawische System der «sozialistischen Selbstverwaltung» nicht ohne Absicht mit einer derartigen materiellen und finanziellen Basis gestützt. Die Krücken, die das westliche Kapital lieferte, dienen dazu, dieses System als Muster der Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung mit pseudosozialistischem Etikett auf den Beinen zu halten.

Die ausländischen Kapitalisten haben in Jugoslawien mit ihren Investitionen viele Industrieobjekte errichtet, die Produkte von der besten bis zur schlechtesten Sorte herstellen. Die guten Produkte werden natürlich im Ausland verkauft, im Land dagegen beträchtlich weniger. Obwohl es im Ausland eine starke kapitalistische Überproduktion gibt und alle Märkte von denselben Kapitalisten besetzt sind, die in Jugoslawien investiert haben, verkaufen sie doch die guten Waren auf ihren Märkten mit riesigen Profiten, da die Arbeitskraft in Jugoslawien sehr billig ist, die Produkte im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern zu geringeren Kosten hergestellt werden, wo die Gewerkschaften, mehr oder weniger im Namen der Arbeiter gewisse Forderungen an das Kapital stellen. Die besten der in Jugoslawiens Fabriken hergestellten Waren gehen an die multinationalen Gesellschaften, die auch in Jugoslawien aktiv sind. Doch ausser dieser Art, Profite herauszuholen, rafften die ausländischen kapitalistischen Investoren auch noch auf andere Weise Profite an sich – durch die Zinsen für die in Jugoslawien angelegten Kapitalien. Diese Zinsen kassieren sie häufig in Form von Rohstoffen oder Grundstoffen.

Der Demagoge Kardelj spricht in seinem Buch viel vom System der «Selbstverwaltung», über die

Anwesenheit des ausländischen Kapitals und die sehr grosse Rolle, die es bei der Aufrechterhaltung des Systems der «Selbstverwaltung» spielt, schweigt er sich aber vollständig aus.

In den bürgerlichen Ländern, sagt Kardelj, liegt und «... äussert sich die wirkliche Macht vor allem im Verwachsen der staatlichen Exekutive mit den politischen Kartellen ausserhalb des Parlaments...»

Parallel zur Erhöhung der Stärke der inneren ausserparlamentarischen Macht», fährt Kardelj fort, «ist für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Beziehungen auch eine neue Erscheinung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern charakteristisch – nämlich die Schaffung der internationalen bzw. weltweiten ausserparlamentarischen Macht» (S. 54). Damit will Kardelj belegen, dass die jugoslawische «Selbstverwaltung» angeblich dieser Situation entgangen ist. Wie wir aber weiter oben ausgeführt haben, sieht es mit der Wirklichkeit ganz anders aus: die jugoslawische «Selbstverwaltung» ist eine kapitalistische gemeinsame Verwaltung mit einem jugoslawischen und einem ausländischen Teil. Die ausländischen Kapitalisten, d. h. die Gesellschaften, Konzerne und alle die, die in Jugoslawien Kapital investiert haben, entscheiden im gleichen Mass wie die jugoslawische Staatsmacht über Jugoslawiens Politik und seine Entwicklung in jeder Hinsicht.

Tatsächlich sind die sogenannten selbstverwalteten Betriebe, die grossen wie die kleinen, gezwungen, auf den ausländischen Investor Rücksicht zu nehmen. Dieser Investor hat seine eigenen Gesetze, die er dem jugoslawischen Staat aufgezwungen hat, er hat seine direkten Vertreter in diesen gemeinsamen Betrieben, er

hat seine Vertreter oder seinen Einfluss in der Föderation. Der Investor zwingt faktisch der Föderation dem gemeinsamen Betrieb oder der gemeinsamen Gesellschaft direkt oder indirekt seinen Willen auf. Gerade das ist die «Selbstverwaltung» zu kaschieren bestrebt. Diese Vernebelung, diesen *tour de passe-passe\**, wie die Franzosen sagen, braucht Kardelj, um die Absurdität zu «beweisen», dass die jugoslawische «Selbstverwaltung» wahrer Sozialismus sei.

Was er aber in seinem Buch zu leugnen versucht, bestätigt die westliche Presse täglich und durch zahlreiche Fakten, ja sogar die jugoslawische Nachrichtenagentur TANJUG selbst, die am 16. August dieses Jahres von einem neuen Regulativ der jugoslawischen Föderativen Exekutivwetscha über die ausländischen Investitionen in Jugoslawien berichtete. In diesem Regulativ werden die Rechte der ausländischen kapitalistischen Investoren in Jugoslawien noch mehr erweitert. «Kraft dieses Gesetzes», so TANJUG, «können die ausländischen Partner auf der Grundlage von Abkommen mit den Organisationen der vergesellschafteten Arbeit im Land, Valuta, Ausrüstungen, Halb- und Fertigfabrikate und Technologie investieren. Die ausländischen Investoren haben die gleichen Rechte, wie die Organisationen der vergesellschafteten Arbeit des Landes, die ihre Mittel in einer anderen Organisation der vereinigten Arbeit anlegen.»

Weiter betont TANJUG: «Durch dieses Regulativ, wird das Interesse (der Ausländer) voraussichtlich zunehmen, weil es eine langfristige gemeinsame ökonomische Tätigkeit garantiert. Ausserdem gibt es jetzt praktisch kein

---

\* Taschenspielertrick, französisch im Original.

Gebiet, auf dem die Ausländer ihre Mittel nicht investieren können, mit Ausnahme der Sozialversicherung, des Binnenhandels und der gesellschaftlichen Tätigkeit.»

Mehr als auf diese Weise kann das Land nicht an das ausländische Kapital verkauft werden. Und angesichts dieser rein kapitalistischen Wirklichkeit, hat der «Kommunist» Kardelj noch die Unverschämtheit zu behaupten, dass «... unsere Gesellschaft in ihrem sozialökonomischen Inhalt und ihrer sozialökonomischen Struktur, die aus den sozialistischen und selbstverwalteten Produktionsverhältnissen erwachsen sind, sehr viel an Stärke gewonnen...» Diese Produktionsverhältnisse, so schreibt er, «... machen es möglich und gewährleisten, dass sich unsere Gesellschaft immer freier, unabhängiger und selbstverwalteter entwickelt...!» (S. 7-8).

In Kardeljs Buch wird in erster Linie das Individuum als Hauptelement der Gesellschaft betrachtet – das Element, das produziert, das Element, das das Recht hat, die Produktion zu organisieren und zu verteilen. Ihm zufolge vergesellschaftet dieses Element im System der «Selbstverwaltung» die Arbeit im Betrieb und übt seine Führung durch die sogenannten Arbeiterräte aus, die von den Arbeitern «gewählt» werden und die angeblich zusammen mit den eingesetzten Verwaltungsfunktionären die gesamten Geschicke des Betriebes, der Arbeit, der Einnahmen usw. regeln.

Das ist die typische Form kapitalistischer Betriebe, in denen tatsächlich der Kapitalist herrscht, der von einer grossen Zahl von Funktionären und Technikern umgeben ist, die die Lage in der Produktion kennen und ihre Verteilung organisieren. Den hauptsächlichsten Teil

des Profits streicht natürlich der Kapitalist ein, dem der kapitalistische Betrieb gehört, das heisst, er eignet sich den Mehrwert an. In der jugoslawischen «Selbstverwaltung» eignen sich die Funktionäre, die Betriebsdirektoren und das ingenieurtechnische Personal einen grossen Teil des Mehrwerts an. Den «Löwenanteil» erhält die Föderation oder die Republik, um die fetten Gehälter all der Funktionäre des zentralen Apparats, sei es nun der Föderation oder der Republik zu bestreiten. Fonds sind nötig, um die titoistische Diktatur auf den Beinen zu halten – die Armee, das Innenministerium, den Staatssicherheitsdienst, das Aussenministerium usw., die sich in den Händen der Föderation befinden und fortwährend aufgebläht und vergrössert werden. In diesem föderativen Staat hat sich eine grosse Bürokratie von nichtproduktiven Angestellten und Leitern entwickelt, die sehr hohe, aus dem Schweiss und dem Blut der Arbeiter und Bauern herausgepresste Gehälter bekommen. Daneben fliesst ein grosser Teil der Einnahmen dem ausländischen Kapitalisten zu, der in diesen Betrieben investiert hat, und der seinen Vertreter im «Verwaltungsrat» oder in den «Arbeiterräten» hat, das heisst, an der Leitung des Betriebs beteiligt ist. In diesem «Selbstverwaltungssozialismus» genannten System sind so die Arbeiter ständig einer totalen Ausbeutung ausgesetzt.

Das Räderwerk der «Arbeiterräte» und der «Selbstverwaltungs Komitees» mit ihren Ausschüssen wurde von den Belgrader Revisionisten nur ausgeklügelt, um bei den Arbeitern die Illusion zu wecken, sie bestimmten dadurch, dass sie in diese Organismen «gewählt» werden, in ihnen mitwirken und diskutieren, angeblich

über die Angelegenheiten des Betriebs, über «ihr» Eigentum. Kardelj zufolge ist es so, dass «... die Arbeiter in den Grundorganisationen der vereinigten Arbeit ... die Arbeit und die Tätigkeit der Organisationen der vereinigten Arbeit leiten und die Mittel der gesellschaftlichen Reproduktion verwalten, ... über alle Formen der Vereinigung und der Verbindung der eigenen Arbeit und der Arbeitsmittel sowie über alle Einnahmen, die sie durch die gemeinsame Arbeit erzielen, bestimmen, ... in Übereinstimmung mit den auf der Basis des Selbstregierens festgelegten Grundlagen und Kriterien die Einnahmen für die persönliche, gemeinsame und allgemeine Konsumtion verteilen...» (S. 160) usw. usw.

All das ist dummes Zeug, weil es unter den Bedingungen, da in Jugoslawien die bürgerliche Demokratie herrscht, keine wirkliche Freiheit des Denkens und des Handelns für die Werktätigen gibt. Die Freiheit des Handelns in den «selbstverwalteten» Betrieben ist verlogen. Der Arbeiter leitet in Jugoslawien nicht und genießt nicht die Rechte, die ihm der «Ideologe» Kardelj so bombastisch verkündet. Um zu zeigen, er sei angeblich realistisch und gegen die Ungerechtigkeiten seines Regimes, hat Tito selbst hat kürzlich in seiner Rede vor dem leitenden Aktiv Sloweniens gesagt, dass die «Selbstverwaltung» nicht verhindere, dass auch die Einkommen jener, die schlecht arbeiten, auf Kosten derer, die gut arbeiten, wachsen. Und Fabrikdirektoren, die für Verluste verantwortlich sind, können sich vor der Verantwortung drücken, indem sie in verantwortungsvolle Funktionen in anderen Fabriken überwechseln,

ohne fürchten zu brauchen, sie könnten vor irgend jemand für das begangene Verschulden zurechtgewiesen werden.

Obwohl E. Kardelj in der «Theorie» die Bürokratie und Technokratie, die Rolle einer herrschenden Technokratenklasse beseitigt hat, entstand diese Klasse in der Praxis rasch und fand in diesem angeblich demokratischen System, wo die Rolle des werktätigen Menschen «entscheidend» sein soll, ein breites Wirkungsfeld. Tatsächlich ist die Rolle jener Schicht von Funktionären und neuen Bourgeois, die im «selbstverwalteten» Betrieb herrschen, entscheidend. Sie sind es, die den Plan machen, die über die Investitionen, die Einkünfte jedes einzelnen, die der Arbeiter und ihre eigenen, bestimmen, und natürlich füllen sie dabei zuerst ihre eigenen Taschen. Es wurden Gesetze und Regeln geschaffen, um die Profite für die Führung möglichst hoch und den Verdienst der Arbeiter gering zu halten.

In Jugoslawien verwandelte sich diese dünne, am Schweiss und an der Mühe der Arbeiter gemästete Schicht von Menschen, die die Beschlüsse stets nach ihrem eigenen Interesse trifft, später in eine Klasse von Kapitalisten. Auf diese Weise entsteht das politische Monopol der Beschlussfassung und der Verteilung der Einnahmen durch die Elite in den Betrieben der sozialistischen «Selbstverwaltung», während Kardelj immer mit der gleichen Leier kommt: dass dieses von den Titoisten erfundene politische System zur Schaffung der Bedingungen für die tatsächliche Verwirklichung der «demokratischen» und «Selbstverwaltungs»rechte der Werktätigen beitrage, die ihnen das System im Prinzip zuerkennt.

Die Herausbildung der neuen Kapitalistenklasse ist gerade durch das System der «Selbstverwaltung» gefördert worden. Diese bittere Wahrheit hat Tito selbst zugegeben, als er angeblich «heftige Kritik» an den Ausbeutern der Arbeiter übte, an all denen, die dieses System der «sozialistischen Selbstverwaltung» leiten und von ihm profitieren. In vielen Reden war er, so sehr er sich auch bemüht, die dunklen Stellen seines pseudosozialistischen Systems zu kaschieren, gezwungen, die tiefe Krise dieses Systems und die Polarisierung der jugoslawischen Gesellschaft in Reiche und Arme zuzugeben. «Ich nenne nicht Bereicherung, was der Mensch verdient, auch wenn er sich damit eine Ferienvilla baut», sagt Tito. «Wenn es aber um Hunderte von Millionen, ja sogar um Milliarden geht, dann ist das Diebstahl... Das sind nicht durch Schweiss erworbene Einkünfte... Dieser Reichtum wird durch Spekulationen im In- und Ausland geschaffen... Wir müssen jetzt sehen, was mit denen geworden ist, die sich Häuser bauen – eines in Zagreb, ein zweites in Belgrad, das dritte am Meer oder irgendwo anders. Und das sind nicht einfache Ferienhäuser, sondern Villen, die sich sehr gut vermieten lassen. Ausserdem haben sie nicht eine, sondern zwei und drei Autos in der Familie...»<sup>1</sup> Um weiszumachen, dass er angeblich gegen die Herausbildung von armen und reichen Schichten der Gesellschaft sei, erwähnte Tito bei einer anderen Gelegenheit auch, dass einige reiche Privatpersonen allein bei den jugoslawischen Banken etwa 4,5 Milliarden Dollar hinterlegt haben, ohne die Summen mitzurechnen, die sie bei aus-

---

<sup>1</sup> Interviews Titos an eine Redakteurin der Zeitung «Vjestnik», Oktober 1972.

ländischen Banken hinterlegt haben oder in den Taschen haben.

Bei seinen Ausführungen über das von den Titorevisionisten fabrizierte System ist Kardelj gezwungen, flüchtig die Notwendigkeit des Kampfes «... gegen die verschiedenen Formen der Entstellung der Selbstverwaltungsrechte der Werktätigen und Staatsbürger und die Versuche, sie zu usurpieren», zu streifen (S. 174). Den Ausweg aus diesen «Missbräuchen» sucht er wieder innerhalb des Systems der «Selbstverwaltung», in der Erweiterung des «... betreffenden Mechanismus der demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle...» (S. 178).

Hier stellt sich die Frage: Welche Klasse meint Kardelj, wenn er von «Usurpierung der Selbstverwaltungsrechte der Werktätigen» spricht? Er spricht es natürlich nicht aus, aber wen er meint, das ist die alte und die neue bürgerliche Klasse, die die Macht der Arbeiterklasse usurpiert hat, die ihr im Nacken sitzt und sie bis auf die Knochen ausbeutet.

Vergeblich bemüht sich Kardelj, die «Arbeiterräte», die «Grundorganisationen der vereinigten Arbeit» usw. usf. als authentischsten Ausdruck der «Demokratie» und der «Freiheit» des Menschen auf allen gesellschaftlichen Gebieten hinzustellen. Die «Arbeiterräte» sind nichts mehr als völlig formale Organe, die nicht die Interessen der Arbeiter schützen und ausführen, sondern den Willen der Betriebsleiter, weil sie – materiell, politisch und ideologisch korrumpiert – zu Angehörigen der «Arbeiteraristokratie» und «Arbeiterbürokratie», zu Agenturen geworden sind, um die Arbeiterklasse hinteres Licht zu führen und bei ihr trügerische Illusionen zu schaffen.

Die jugoslawische Realität lässt klar erkennen, dass es dort keine wahre Demokratie für die Massen gibt. Und anders kann es auch nicht sein. Lenin betonte, dass die

*„'Produktionsdemokratie' ein Terminus (ist), der die Möglichkeit von Missdeutungen zulässt. Er kann im Sinne einer Ablehnung der Diktatur und der Einzelleitung aufgefasst werden. Er kann im Sinne eines Aufschubs der gewöhnlichen Demokratie oder einer Ausflucht vor ihr ausgelegt werden.»<sup>1</sup>*

Für die Arbeiterklasse kann es ohne ihren Staat der Diktatur des Proletariats keine sozialistische Demokratie geben. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, dass die Leugnung des Staates der Diktatur des Proletariats die Leugnung der Demokratie für die werktätigen Massen selbst ist.

Die Leugnung des Staates der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen gesellschaftlichen Eigentums, auf das er sich stützt, durch die jugoslawischen Revisionisten, führte sie zu einer dezentralisierten Leitung der Wirtschaft ohne einen einheitlichen Staatsplan. Die Entwicklung der nationalen Wirtschaft auf der Basis eines einheitlichen Staatsplans und ihre Leitung durch den sozialistischen Staat auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus ist eines der allgemeinen Gesetze und grundlegenden Prinzipien des Aufbaus des Sozialismus in jedem Land. Andernfalls passiert es wie in Jugoslawien, wo der Kapitalismus aufgebaut wird.

Kardelj behauptet, die Arbeiter hätten in

---

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, alb. Ausgabe, S. 80

ihren «Selbstverwaltungs»organisationen das Recht, «... die Arbeit und die Tätigkeit der Organisation der vereinigten Arbeit zu leiten...». (S. 160), d. h. die Betriebe, also könnten sie auch die Produktion planen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit damit aus? In diesen Organisationen leitet der Arbeiter weder, noch stellt er den sogenannten Basisplan auf. Das macht die neue Bourgeoisie, die Betriebsleitung, während bei den Arbeitern der Eindruck erweckt wird, die «Arbeiterräte» machten bei dieser «Selbstverwaltungs»organisation angeblich das Gesetz. So ist es auch in den kapitalistischen Ländern, wo die Macht im Privatbetrieb der Kapitalist hat, der über seine Technokratie verfügt, seine Technokraten hat, die leiten. Und ausserdem gibt es in einigen Ländern auch Vertreter der Arbeiter, denen eine unbedeutende Funktion eingeräumt wird, gerade soweit, um die Arbeiter in der Illusion zu wiegen, sie seien an der Leitung der Betriebsangelegenheiten beteiligt. Das aber ist eine glatte Lüge.

Die sogenannte Planung in den jugoslawischen «Selbstverwaltungs»betrieben kann nicht nur unmöglich als sozialistisch bezeichnet werden, sondern sie führt darüber hinaus – da sie nach dem Vorbild aller kapitalistischen Betriebe erfolgt – zu denselben Auswirkungen, wie es sie in jeder kapitalistischen Wirtschaft gibt, wie Anarchie der Produktion, Spontaneität und zu einer Reihe weiterer Widersprüche, die sich in der jugoslawischen Wirtschaft und auf dem jugoslawischen Markt in offenster und brutalster Weise zeigen.

Kardelj schreibt, dass

**«... der freie Austausch der Arbeit durch die Warenproduktion und den freien selbstver-**

**walteten Markt** [Hervorhebung von uns], auf der heutigen Stufe der sozialökonomischen Entwicklung eine Voraussetzung für die Selbstverwaltung ist ... Dieser Markt... ist in dem Sinne frei, dass die selbstverwalteten Organisationen der vereinigten Arbeit möglichst frei und unter so geringem administrativem Eingreifen wie nur möglich in Beziehungen des freien Austausches der Arbeit eintreten. Die Abschaffung dieser Freiheit führt unweigerlich zur Erneuerung des staatlichen Eigentumsmonopols des Staatsapparats» (S. 95).

Offener als auf diese Weise kann man Lenins Lehren nicht bestreiten, der schrieb:

**«Den 'regulären' Handel, der sich der Staatskontrolle nicht entzieht, müssen wir unterstützen, es ist uns vorteilhaft, ihn zu entwickeln», «... denn der freie Verkauf, der freie Handel, ist eine Entwicklung des Kapitalismus»<sup>1</sup>** (Hervorhebung von uns).

Aus der politischen Ökonomie des Sozialismus wissen wir, dass der Handel im Sozialismus, wie alle anderen Prozesse der gesellschaftlichen Reproduktion, ein Prozess ist, der in zentralisierter Weise und geplant geleitet wird, der sich auf das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln stützt und selbst Bestandteil der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist. Dem Revisionisten Kardelj jedoch sind diese Lehren völlig fremd, und das rührt daher, dass er die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates und des sozialistischen Eigentums leugnet. Der jugoslawische Binnenmarkt ist ein typisch dezentralisierter kapitalistischer Markt, auf dem

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, alb. Ausgabe, S. 426, 413.

jedermann frei die Produktionsmittel kaufen und verkaufen kann, was im Widerspruch zu den Gesetzen des Sozialismus steht. TANJUG ist deshalb genötigt zuzugeben, dass der gesamte jugoslawische Markt von den Unternehmern, den Maklern und den Spekulanten beherrscht wird. Auf dem Markt regieren Chaos, Spontaneität, katastrophale Preisschwankungen usw. Nach Angaben des Jugoslawischen Föderativen Statistikinstituts sind in Jugoslawien die Preise von 45 der wichtigsten Erzeugnisse und der Dienstleistungen im Zeitraum 1972 bis 1977 um 149,7 Prozent gestiegen.

Was den Warenabsatz innerhalb des Landes betrifft, sei festgestellt, dass die Kaufkraft in Jugoslawien sehr schwach ist, da die Löhne der Werktätigen sehr niedrig sind, da bei der Abschlussbilanz der Betriebe den Arbeitern nicht viel zum Verteilen bleibt. Der Betrieb möchte das, was er produziert hat, wo er kann und selbständig verkaufen, weil die wichtigsten Führer, d. h. die Bosse, die neue Bourgeoisie, Profite machen wollen. Wie kann man aber diese Profite erzielen, wenn der Käufer arm ist? Da müssen neue Formen gefunden werden, und eine davon ist der Verkauf der Waren auf Kredit. Der Verkauf der in diesen «selbstverwalteten» Betrieben hergestellten Erzeugnisse auf Kredit ist eine zusätzliche Kette, die dem jugoslawischen Arbeiter ebenso wie dem Arbeiter der kapitalistischen Länder um den Hals gelegt wird durch das gleiche kapitalistische System, nur dass es in Jugoslawien den Namen «sozialistische Selbstverwaltung» trägt.

Die gleichen Merkmale kennzeichnen auch den jugoslawischen Aussenhandel, in dem kein Staatsmonopol besteht. Jeder Betrieb kann je

nach dem Wunsch seiner Herren mit jeder ausländischen Firma, mit jeder multinationalen Gesellschaft oder mit jedem fremden Staat Verträge und Abkommen über An- und Verkauf von Rohstoffen und Maschinen, Fertigprodukten, Technologie usw. abschliessen. Auch diese antimarxistische Praxis hat darauf Einfluss gehabt, dass der jugoslawische Staat ein Vasall des Weltkapitalismus sei und tief in die Wirtschafts- und Finanzkrise gestürzt wurde, die die ganze kapitalistische und revisionistische Welt erfasst hat, eine Krise, die auch anderen Gebieten zutage tritt.

Als durchtriebener Revisionist leugnet E. Kardelj die Rolle des sozialistischen Staates auch auf anderen Gebieten, etwa der finanziellen Beziehungen und der Tätigkeiten verschiedenen Charakters. Er schreibt, dass «die Beziehungen auf den Gebieten, denen die selbstverwalteten Interessengemeinschaften zugrunde liegen, in der Regel ohne die Intervention des Staates verwirklicht werden, d. h. ... ohne die Zwischenschaltung des Staatshaushaltes und anderer administrativ-fiskalischer Massnahmen...» (S. 167).

In Jugoslawien ist, wie in anderen kapitalistischen Ländern das System der Vergabe von Bankkrediten anstelle der Finanzierung der Investitionen für die Entwicklung der Produktivkräfte und für andere Aktivitäten aus dem Staatshaushalt weit verbreitet. Die Banken sind zu Zentren des Finanzkapitals geworden, und gerade sie sind es, die eine sehr grosse Rolle in der jugoslawischen Wirtschaft spielen – im Interesse der neuen revisionistischen Bourgeoisie.

In Jugoslawien ist also ein solch anarcho-

syndikalistisches System errichtet worden, und dieses System nannte man «sozialistische Selbstverwaltung». Was hat diese «sozialistische Selbstverwaltung» Jugoslawien gebracht? Alles Schlechte. In erster Linie die Anarchie der Produktion. Nichts ist dort stabil, jeder Betrieb wirft seine eigenen Erzeugnisse auf den Markt, und es entwickelt sich kapitalistische Konkurrenz, weil es keine Koordinierung gibt, weil es nicht die sozialistische Wirtschaft ist, die die Produktion führt. Der Betrieb selbst kämpft, in Konkurrenz mit den anderen Betrieben, um Rohstoffe, Absatzmärkte und um alles andere. Viele Betriebe werden geschlossen – infolge des Rohstoffmangels, infolge der grossen Defizite, zu denen diese chaotische kapitalistische Entwicklung führt, infolge der mangelnden Kaufkraft, des wachsenden Warenüberschusses und der Sättigung des Marktes mit veralteten Erzeugnissen. In Jugoslawien stellt sich auch die Lage bei den handwerklichen Dienstleistungen sehr schwierig dar. Als Tito vor dem leitenden Aktiv Sloweniens auf diese Frage einging, konnte er die Tatsache nicht verbergen, dass «heute die Leute oft ganz schön schwitzen müssen, um zum Beispiel einen Schreiner oder einen anderen Handwerker zu finden, der ihnen etwas repariert, und wenn sie einen aufreiben, dann zieht er ihnen die Haut ab, dass einem die Haare zu Berge stehen.»

Auch wenn, wie gesagt, die Erzeugnisse einiger moderner Kombinate gut sind, steht doch Jugoslawien vor einer schwierigen Situation, denn für diese Erzeugnisse müssen Absatzmärkte gefunden werden. Aufgrund dieser Schwierigkeiten ist die jugoslawische Aussenhandelsbilanz passiv. Allein in den ersten fünf

Monaten dieses Jahres betrug das Defizit 2 Milliarden Dollar. Auf dem 11. Kongress des Bundes der «Kommunisten» Jugoslawiens erklärte Tito, dass «das Defizit im Austausch mit dem westlichen Markt fast unerträglich ist». Ungefähr drei Monate nach diesem Kongress erklärte er in Slowenien erneut: «Besonders grosse Schwierigkeiten haben wir im Handelsaustausch mit den EWG-Ländern. Diese Unausgewogenheit zu unserem Nachteil ist sehr gross und nimmt ständig weiter zu. Wir müssen uns darüber mit ihnen sehr ernsthaft unterhalten. Viele versprechen uns, dass diese Dinge in Ordnung kommen, dass die Importe aus Jugoslawien grösser sein werden, aber das alles hat uns bisher wenig genutzt. Jeder schiebt die Schuld auf die anderen.» Das Aussenhandelsdefizit, das Tito in dieser seiner Rede nicht erwähnt hat, überstieg im Jahr 1977 die 4 Milliarden Dollar. Das ist eine Katastrophe für Jugoslawien. Das ganze Land steckt in einer nicht enden wollenen Krise, und die breiten werktätigen Massen leben in Armut.

Viele jugoslawische Arbeiter sind arbeitslos, sitzen auf der Strasse oder verlassen das Land. Von dieser Emigration aus wirtschaftlichen Gründen, diesem kapitalistischen Phänomen, hat Tito nicht nur gewusst, sondern sogar empfohlen, sie zu fördern. In einem sozialistischen Land kann es keine Arbeitslosigkeit geben, dafür ist Albanien das beste Beispiel. Unterdessen existiert und entsteht in den kapitalistischen Ländern einschliesslich natürlich auch Jugoslawien, eine allseitige Arbeitslosigkeit. Wenn es in Jugoslawien über eine Million Arbeitslose gibt, und über 1,3 Millionen Jugoslawen aus wirtschaftlichen Gründen ausgewandert sind,

die nun ihre Arbeitskraft in Westdeutschland, Belgien, Frankreich usw. verkaufen, wenn sich der Reichtum der Individuen, die Funktionen, sei es in der Staatsmacht oder in Betrieben und Institutionen, innehaben, schnell vergrössert, wenn die Preise der Konsumwaren täglich mehr wachsen, wenn die Zahl der bankrotten Betriebe und Filialen in die Tausende geht, dann bestätigt dies, dass das «jugoslawische Selbstverwaltungssystem» ein grosser Bluff ist. Und dann geht Kardelj, ohne sich im geringsten zu schämen, so weit, zu schreiben: «Die sozialistische Selbstverwaltung ist unter unseren Bedingungen die unmittelbarste Form und der Ausdruck des Kampfes für die Freiheit des Werktätigen, für die Freiheit seiner Arbeit und seines Schöpfertums, für seinen massgeblichen wirtschaftlichen und politischen Einfluss in der Gesellschaft» (S. 158).

Seine Demagogie bürgerlichen Typs durch seichte Phrasendrescherei vertiefend, treibt Kardelj seine Lügen soweit, zu behaupten: «Durch die verfassungsmässige und gesetzliche Garantie der Rechte der Arbeiter auf der Grundlage ihrer geleisteten vergesellschafteten Arbeit, erweitert unsere Gesellschaft noch mehr die Dimensionen der wahren Freiheit der Arbeiter und der Werktätigen in den materiellen Beziehungen der Gesellschaft» (S. 162). Was hat denn dieser Apologet der Bourgeoisie vor Augen, wenn er von «Erweiterung der Dimensionen der wahren Freiheit der Arbeiter» spricht? Die «Freiheit», arbeitslos zu sein, die «Freiheit», die Familie und die Heimat zu verlassen, und die eigenen körperlichen und geistigen Kräfte an die Kapitalisten des Westens zu verkaufen, die «Freiheit», Steuern zu bezahlen, von der alten

und neuen jugoslawischen Bourgeoisie sowie von der ausländischen Bourgeoisie brutal diskriminiert und ausgebeutet zu werden?

### 3. – Die «Selbstverwaltung» und die anarchistischen Ansichten über den Staat. Die nationale Frage in Jugoslawien

In Jugoslawien gibt es keine Organe der Staatsmacht, die wirklich Vertreter des Volkes wären. Dort existiert nur das «Delegiertensystem» genannte bürokratische System, das als angeblicher Träger des Systems der Macht hingestellt wird, darum werden keine Abgeordneten für die Organe der Staatsmacht gewählt. Diese Tatsache wollen die Titoisten mit der Begründung rechtfertigen, die vertretenden Organe seien angeblich Ausdruck des bürgerlichen Parlamentarismus und des sozialistischen Sowjetstaats, der ihnen zufolge durch Stalin in eine Einrichtung der Bürokratie und des Technokratismus verwandelt worden ist. In Jugoslawien wurde durch die Erfahrung der von Lenin aufgrund der grossen Erfahrung der Pariser Kommune geschaffenen Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten ein dicker Strich gemacht, denn die jugoslawischen Revisionisten nannten sie «Formen der staatlichen Organisation, die persönliche Macht schaffen».

Die revisionistische Idee des «spezifischen Sozialismus» entwickelnd, erklärten die Titoisten irgendwann in den fünfziger Jahren vor aller Welt, dass sie endgültig auf das sozialistische Staatssystem verzichtet und es durch eine neue Spezies von System ersetzt hätten, den «Selbstverwaltungssozialismus», in dem Sozialismus und

Saat einander fremd seien. Diese revisionistische «Entdeckung» war nichts anderes als eine Kopie der anarchistischen Theorien Proudhons und Bakunins über die «Arbeiter selbstverwaltung» und die «Fabriken der Arbeiter», die schon lange als plumpe Verfälschung der wahren Ideen von Marx und Lenin über den Staat der Diktatur des Proletariats entlarvt sind.

Karl Marx schrieb:

*«Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als, die revolutionäre Diktatur des Proletariats.»<sup>1</sup>*

Das politische System der «sozialistischen Selbstverwaltung» in Jugoslawien hat nicht nur mit der Diktatur des Proletariats nichts gemein, sondern ist sogar gegen sie. Dieses System ist nach dem Vorbild der Administration der Vereinigten Staaten von Amerika aufgebaut. Kardelj selbst schrieb über das jugoslawische System der «Selbstverwaltung»: «... wir könnten sagen, dass dieses System etwas mehr der Organisation der Exekutivgewalt in den Vereinigten Staaten von Amerika ähnelt als in Westeuropa...» (S. 235).

Daraus geht also klar hervor, dass hier nicht die Tatsache gelehrt wird, dass die Organisation der jugoslawischen Regierung eine Kopie der Organisation der kapitalistischen Regierungen ist, doch was diskutiert werden könnte ist

<sup>1</sup> K. Marx/F. Engels, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 24. alb. Ausg. Tirana, 1975.

die Frage: Welche kapitalistische Regierung ist am meisten imitiert worden, die amerikanische oder eine der Regierungen Westeuropas. Und für diese Diskussion gibt Kardelj die Lösung, wenn er sagt: als Modell wurde die Organisation der Exekutivgewalt der Vereinigten Staaten von Amerika genommen.

Die Anschauungen der jugoslawischen Revisionisten über den Staat sind durch und durch anarchistisch. Bekanntlich fordert der Anarchismus die sofortige Beseitigung jeder Art von Staat, also auch der Diktatur des Proletariats. Und die jugoslawischen Revisionisten haben die Diktatur des Proletariats beseitigt und sprechen, um diesen Verrat zu rechtfertigen, von zwei Phasen des Sozialismus – dem «Staatssozialismus» und dem «wahren humanitären Sozialismus». Die erste Phase umfasst ihrer Meinung nach die ersten Jahre nach dem Sieg der Revolution, in denen die Diktatur des Proletariats existiert, die im «etatistisch-bürokratischen» Staat Ausdruck findet, genau wie im Kapitalismus. Die zweite Phase ist die Phase der Überwindung des «etatistisch-bürokratischen» Staates und seiner Ersetzung durch die «direkte Demokratie». Mit diesen Ansichten leugnen die Titoisten nicht nur die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats im Sozialismus, sondern stellen auch die Begriffe sozialistischer Staat, Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie einander entgegen.

Sie schenken den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus keine Beachtung, dass der sozialistische Staat während der ganzen historischen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus fortwährend gefestigt wird. Deshalb schreibt E. Kardelj, dass

die Gesellschaft in Jugoslawien immer weniger auf der Rolle des Staatsapparats basiert. Seiner Meinung nach geht der Staat in Jugoslawien gegenwärtig angeblich seinem Verschwinden entgegen.

Wodurch aber ersetzt Kardelj, die Rolle des Staatsapparats? Er ersetzt sie durch die «Initiative der Arbeiter»! Er drückt das so aus: «... das weitere Funktionieren unserer Gesellschaft wird immer weniger auf der Rolle des Staatsapparats basieren und immer mehr auf der Macht und der Initiative der Arbeiter...» (Seite 8). Ein absurdes Urteil! Um von der Initiative der Arbeiter zu sprechen, müssen die Arbeiter vor allem frei und organisiert, und von klaren Direktiven begeistert sein, müssen wirksame Massnahmen für die Verwirklichung dieser Initiativen getroffen werden. Wer gibt sich in Jugoslawien damit ab, die Arbeiter zu organisieren und durch klare Direktiven zu begeistern? Die «selbstverwaltete Gemeinschaft», sagt Kardelj, in abstraktem Urteil. Die Hauptrolle in dieser Art von Gemeinschaft überlässt er dem Individuum «in der vereinigten selbstverwalteten Arbeit seiner Interessen». Was diese «selbstverwaltete Vereinigung» der Interessen des Individuums bedeutet, die im Zentrum der jugoslawischen Gesellschaft festzustellen ist, wird nirgend eindeutig erklärt. Was aber bei dieser Idee hervortritt, ist der bürgerliche Individualismus, der die absoluten Rechte des Individuums in der Gesellschaft und seine vollständige Unabhängigkeit von ihr, den Vorrang der persönlichen Interessen gegenüber den Interessen der Gesellschaft in den Himmel hebt.

Diesem «Theoretiker» zufolge, der sich solche Urteile erlaubt, ist die Konsolidierung des Staates

tes und seiner Apparats ein Charakteristikum der Formen des «staatlichen Eigentums der sozialistischen Produktionsverhältnisse...» (Seite 8). In Jugoslawien dagegen, sagt er, werde sich anstelle des Staates immer mehr der Prozess der Festigung der «selbstverwaltenden» Rolle des werktätigen Menschen entwickeln. Nach Meinung dieses «Philosophen» kann der Mensch also in einem wirklich sozialistischen Staat, wo die marxistisch-leninistische Wissenschaft und die revolutionäre leninistische Praxis verwirklicht werden, nicht frei und nicht Herr seiner Geschicke sein, sondern verwandelt sich in einen Automaten. In der jugoslawischen «Selbstverwaltung» dagegen erhalte der werktätige Mensch grosse Bedeutung und gerade in dieser «Selbstverwaltung», im «demokratischen Mechanismus des Delegierens der jugoslawischen Gesellschaft» befreie er seine grosse Rolle! Welche Klassen vertreten diese Staatsorgane, von welcher Ideologie werden sie geführt, auf welchen Prinzipien baut ihre Tätigkeit auf und vor welchem Forum legen sie Rechenschaft ab? Natürlich findet sich auf diese Fragen keine klare Antwort, denn jede exakte Antwort in dieser Richtung würde auf das jugoslawische kapitalistische politische System Licht werfen.

Kardelj hält den anarchistischen Positionen die Treue wenn er, ohne im geringsten zu differenzieren, von welchem Staat, welcher Partei und welchem System bei ihm die Rede ist, den Staat im allgemeinen als menschenfeindlich angreift, und schreibt: «Den Menschen kann weder der Staat, noch das System noch die politische Partei glücklich machen. Das Glück kann dem Menschen nur der Mensch selbst bringen»

(S. 8). Hier kommen äusserst klar die spontaneistischen Tendenzen in der antimarxistischen Theorie der «sozialistischen Selbstverwaltung» zum Vorschein, wonach die Arbeiterklasse, um ihre Bestrebungen zu verwirklichen, nicht der Organisierung in der Partei oder im Staat bedarf, sondern, auch im Dunkeln tappend, irgendwann, einmal im Lauf der Zeit, das Glück findet, das sie sucht.

Um der Frage: «Wenn der Staat nicht nötig ist, weshalb wird er dann in Jugoslawien nicht abgeschafft?» zuvorzukommen, hat Kardelj geschrieben: «Der Staat ... soll nur in den Fällen als Schiedsrichter auftreten, in denen die Selbstverwaltungsvereinbarung nicht verwirklicht werden kann, es unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Interessen aber unerlässlich ist, einen Beschluss zu fassen» (Seite 23). Und um nachzuweisen, dass die Schiedsrichterrolle des Staates zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten angeblich nur selten als notwendig empfunden wird, sagt Kardelj: «Der freie Austausch der Arbeit wirkt sich wesentlich auf die Verringerung der Antagonismen zwischen körperlicher und geistiger Arbeit aus. Die geistige Arbeit ist in diesen Beziehungen nicht mehr höherstehend als die körperliche Arbeit, sondern nur noch eine der Komponenten der freien vereinigten Arbeit und des freien Austauschs der verschiedenen Formen der Arbeitsergebnisse». (S. 24) Beim Lesen dieser Phrasen drängt sich jedermann die Frage auf: Redet der Autor, hier womöglich über die jugoslawische Gesellschaftsordnung? Seit wann haben sich denn in Jugoslawien die Gegensätze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verringert?!

Die Realität der Entwicklung in Jugoslawien beweist das Gegenteil. Zwischen der geistigen und der körperlichen Arbeit bestehen wesentliche Unterschiede, die nicht durch Worte eingeebnet werden können. Es ist wirklich seltsam, dass da von der Verringerung der Gegensätze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit im jugoslawischen Staat gesprochen wird, wenn man doch, dass dort allein das Lohngefälle zwischen dem Arbeiter und dem Intellektuellen von den anderen Unterschieden ganz zu schweigen – ein Verhältnis von eins zu zwanzig, wenn nicht mehr aufweist.

Kardelj hält die «Selbstverwaltung in der vereinigten Arbeit» für die «... wahre materielle Basis für die Selbstverwaltung auch in der Gesellschaft, das heisst, in den gesellschaftlich-politischen Gemeinschaften, die von der Kommune bis zur Föderation die Staatsmacht ausüben, wie auch für die Verwirklichung der demokratischen Rechte der werktätigen Menschen und der Bürger bei der Machtausübung im Staat beziehungsweise in der Gesellschaft. Die Selbstverwaltung ist die materielle Basis auch für die Entwicklung des Arbeiters als schaffender Person bei der Nutzung der allgemeinen gesellschaftlichen Mittel...» (S. 24) und dergleichen Phrasen in Menge.

Im Bemühen, die sogenannte Selbstverwaltung als materielle Voraussetzung des menschlichen Glücks darzustellen, die die grossen Köpfe in Jugoslawien für uns «entdeckt» haben, bedient sich Kardelj gespreizter Phrasen und einer Pfaffensprache, mit der viel Garn gesonnen, in Wirklichkeit aber nichts gesagt wird. Er reiht einander widersprechende Ideen über den «wissenschaftlichen Sozialismus» aneinander

und verwendet lange Formeln, die seinen Ansprüchen eine angeblich tiefe und philosophische Bedeutung geben sollen.

Wie sieht es aber mit der praktischen Verwirklichung des jugoslawischen politischen Systems aus? Als Antwort auf diese Frage ist Kardelj gezwungen, zuzugeben: «In dieser Hinsicht gibt es im System übermässig viele schwache Punkte. Eine ganze Reihe von Schwächen im Funktionieren der Organisationen und Institutionen unseres politischen Systems lässt zu Recht die Überzeugung entstehen, dass noch immer mächtige Quellen des Bürokratismus und Technokratismus wirken, dass unsere Verwaltung kompliziert ist und dass sie aus diesem Grund vom Bürokratismus überwuchert wird, dass einige Organe und Organisationen sich abkapseln, dass es viele Lücken und Duplizitäten in der Arbeit gibt, dass die Formen der demokratischen Kommunikation zwischen den Selbstverwaltungs- und Staatsorganen, der gesamten gesellschaftlichen Struktur schwach entwickelt sind, dass wir zu viele inhaltlose und unfruchtbare Versammlungen abhalten, dass die Versammlungen und die Beschlüsse vom berufsmässigen Standpunkt aus oft nicht gut genug vorbereitet sind, dass der Bürger im Kampf um seine Rechte die administrativen Hindernisse oft nur unter Schwierigkeiten zu überwinden vermag usw.» (S. 193). Wenn also das System der «Selbstverwaltung» im Bürokratismus erstickt, wenn die Staats- und Verwaltungsorgane in sich abgekapselt sind, wertlose Beschlüsse fassen und die Brücken zu den Staatsbürgern abgebrochen haben, die die vielen Sorgen die sie haben, vortragen wollen — wer braucht dann dieses System, ausser der Titoclique? Wie

regieren, sich denn die jugoslawischen Staatsbürger, wenn sie nicht mit den «administrativen Hindernissen» fertig werden? Trotz all der grossen Bemühungen des Teufels, seinen Pferdefuss nicht zu zeigen, trotz der Vorbehalte und Schönfärbereien, die der titoistische Ideologe macht, um die dunklen Seiten seines Systems zu kaschieren, – reicht schon das, was er zugibt aus, um die Wahrheit zu erkennen.

Kardelj schreibt: «Auch die Struktur der Beratungen der Delegierten und die Art und Weise, wie dort die Beschlüsse gefasst werden, sind so organisiert, dass sie prinzipiell die führende Rolle der vereinigten Arbeit im gesamten System der staatlichen Beschlussfassung gewährleisten» (S. 24-25). Mit diesen Worten will er einen Brennpunkt schaffen, um zu zeigen, dass die «Beratungen der Delegierten», die in Wirklichkeit viel Ähnlichkeit mit den von den kapitalistischen Gewerkschaften aufgebrachten Beratungen haben, in denen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter palavern, angeblich die Funktionen des Staates erfüllen könnten. Deshalb ist seiner Meinung nach der Staat der Diktatur des Proletariats überflüssig.

Hier wird natürlich nicht die Frage der Ersetzung des Namens Diktatur des Proletariats, der der Bourgeoisie und dem Revisionismus schrecken einjagt, durch eine andere Bezeichnung: «Beratungen der Delegierten» aufgeworfen. Nein, hier geht es um die Veränderung des Klassencharakters des sozialistischen Staates, die darauf abzielt, dass nicht die Arbeiterklasse die Macht hat, sondern die neue Bourgeoisie. Es ist unschwer zu erkennen, dass diese Positionen darauf hinauslaufen, den Weg der Rückkehr zum Kapitalismus zu rechtfertigen und, so weit

das möglich ist, den Verrat der Titoisten zu rechtfertigen.

Um ihr berüchtigtes System der «sozialistischen Selbstverwaltung» als korrekt und akzeptabel zu präsentieren, stellen es die Titoisten der bürgerlichen Diktatur und der Diktatur des Proletariats gegenüber. Den Titoisten gelten alle anderen politischen Systeme, ohne zwischen Kapitalismus und Sozialismus einen Unterschied zu machen, als «dogmatisch». Zuerst nennen sie ihre Hirngespinnste «System der sozialistischen Selbstverwaltung», dann vergleichen sie dieses System, um seine Überlegenheit zu zeigen, mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Natürlich können die jugoslawischen Revisionisten nicht umhin, das parlamentarische politische System der bürgerlichen Gesellschaft zu «bemängeln», das Kardelj als «Mehrparteiensystem» definiert, denn sonst würden sie sich als Befürworter des bürgerlichen Parlamentarismus entlarven, den schon Marx und Lenin zu ihrer Zeit hart kritisiert haben. Sie erklären daher, dass es falsch wäre, dieser Form des bürgerlichen politischen Staates einen universalen Charakter zuzuschreiben und sie als immerwährend zu betrachten. Die ganze Welt weiss, dass Kardelj nicht der erste war, der die berüchtigte These der bürgerlichen Ideologen von der Universalität und Ewigkeit des Kapitalismus «kritisiert». Die Klassiker des Marxismus-Leninismus wiesen in Widerlegung der Ansichten der Sozialdemokratie wissenschaftlich nach, dass das kapitalistische System keineswegs universal und ewig ist, dass es zum Sterben verurteilt ist, dass der kapitalistische Staat, der eine Ausgeburt und der Schild dieses volksfeindlichen Systems ist, bis in die Fundamente zerschlagen werden

muss und dass an seiner Stelle das wahrhaft sozialistische System, nicht aber ein Bastard von einem System, errichtet werden muss, das vom Kapitalismus ausgeht und wieder zum Kapitalismus zurückkehrt, wie das politische System der jugoslawischen «Selbstverwaltung».

Kardelj «kritisiert» das bürgerliche parlamentarische System, doch behutsam und mild, weil es ihm leid tut, deshalb hebt er auch schnurstracks nach der Kritik, die er an ihm übt, seinen Beitrag zur demokratischen Entwicklung der Menschheit in den Himmel und fetischisiert ihn. Um diesen Beitrag derartig zu übertreiben, dass der reaktionäre Charakter des heutigen bürgerlichen Parlaments vollständig verblasst, und um besonders «den organischen Zusammenhang des Parlamentarismus und der demokratischen Menschenrechte», zu zeigen hat er zum ersten Mal Marx zitiert (oder besser gesagt: verstümmelt): «Das parlamentarische Regime lebt von der Diskussion, wie soll es die Diskussion verbieten? Jedes Interesse, jede gesellschaftliche Einrichtung wird hier in allgemeine Gedanken verwandelt, als Gedanken verhandelt, wie soll irgendein Interesse, eine Einrichtung sich über dem Denken behaupten und als Glaubensartikel imponieren?... Das parlamentarische Regime überlässt alles der Entscheidung der Majoritäten, wie sollen die grossen Majoritäten jenseits des Parlaments nicht entscheiden wollen?»

Dieses Marxzitat ist in den Kontext des Buches wie ein Keil eingeschoben worden, es kann also schwerlich dazu dienen, das nachzuweisen, was Kardelj wünscht. Die Idee von Marx, so wie ihn dieser Revisionist hinterhältig zitiert hat, auf unzulässige Weise aus dem Zusammenhang

gerissen und verstümmelt, stellt die unleugbare Tatsache in Zweifel, das Marx absolut gegen den käuflichen und verfaulten bürgerlichen Parlamentarismus gewesen ist.

Dieser sein Versuch ist erfolglos, denn jeder kennt die Haltung von Marx, der, als er das bürgerliche Parlament und die bürgerliche Theorie der Gewaltenteilung kritisierte, niemals gesagt hat, dass die vertretenden Institutionen abgeschafft werden sollten und dass man auf das Prinzip der Wahlen verzichten sollte, wie das in Jugoslawien getan wurde. Vielmehr schrieb er, dass im proletarischen Staat solche vertretende Organe aufgebaut und tätig sein werden, die keine «Schwatzbude» sind, sondern wahre arbeitende Institutionen, die aufgebaut sind und handeln als

*«... eine arbeitende Körperschaft... vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit».*<sup>1</sup>

Der bürgerliche Parlamentarismus hat deshalb «grosse Kraft» erhalten, weil, wie der Autor des Buches behauptet, die sozialistische Praxis, mit Ausnahme von Jugoslawien, nicht in der Lage gewesen ist, rascher und breiter neue Formen des demokratischen Lebens zu entwickeln, die den sozialistischen Produktionsverhältnissen entsprechen. Die neue Form des demokratischen Lebens hat nun, Kardelj zufolge, die «sozialistische Selbstverwaltung» verwirklicht, die den Rubikon der Klassenmacht der Eigentümer und technokratisch-monopolitischen Leiter des Ka-

---

<sup>1</sup> K. Marx/F. Engels, *Ausgewählte Werke*, Bd. I, S. 544, alb. Ausg., Tirana, 1975.

pitals überschritten hat. Man kann sich nur darüber wundern, dass er alle Bemühungen der demokratischen Kräfte, Formen der Demokratie zu finden, als «künstliche Konstruktionen» des bürgerlichen Parlaments bezeichnet, als Versuche, «einiges Unvereinbares» zu vereinen, während er die Konstruktionen der jugoslawischen «sozialistischen Selbstverwaltung», diese bastardierten Pfröpfungen der bürgerlich-revisionistischen Formen des Regierens originell und sozialistisch nennt! Wenn es überhaupt einen Bluff in der Konstruktion des Regierens gibt, dann findet er sich in erster Linie in der nach der antimarxistischen und antidemokratischen Theorie der Titoisten ausgeheckten Selbstverwaltung. Die jugoslawische «Selbstverwaltung» ist, ungeachtet der vielen betrügerischen Deklarationen, die darüber abgegeben werden, eine Kopie des bürgerlichen Parlamentarismus und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sie ist ein chaotisches Anhängsel des kapitalistischen Weltsystems, der Basis und des Überbaus dieses Systems.

«Unsere sozialistische Demokratie», schreibt Kardelj, «wäre keine ganzheitliches System der demokratischen Beziehungen ohne die entsprechende Lösung der Beziehungen zwischen den Nationen und Nationalitäten Jugoslawiens» (S. 171). Obwohl der revisionistische Ideologe bei dieser Gelegenheit hätte erklären müssen, wie das politische System der «sozialistischen Selbstverwaltung» die Frage der Nationen und Nationalitäten in Jugoslawien gelöst hat, hat er einen so grossen Bogen um dieses für seine Föderation grosse, ernste und heikle Problem gemacht, dass man sich nach der Lektüre seines 323 Seiten langen Buches kaum daran erinnern

wird, dass irgendwo die Rede von Nationen und Nationalitäten gewesen ist.

Wie sieht es mit der Frage der Nationen und Nationalitäten in Jugoslawien aus? Die jugoslawische Föderation hat tiefe Konflikte auf diesem Gebiet geerbt. Die Politik der grossserbischen Könige und der reaktionären chauvinistischen Kreise in Jugoslawien war so, dass sie, historisch, Konflikte und Feindseligkeiten zwischen den Nationen und Nationalitäten geschürt hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab die Föderative Republik Jugoslawien die Losung «Vereinigung – Verbrüderung» aus, doch dieses Schlagwort reichte nicht aus, um die ererbten Unstimmigkeiten zu lösen, die alten Konflikte, die hemmungslose Gier nach Herrschaft über die anderen wurde deshalb nicht beseitigt.

Gegenüber den zentrifugalen Tendenzen der Republiken und Gebiete gegenüber der Föderation verfolgte die Renegatenclique Titos keine marxistisch-leninistische nationale Politik. Im Gegenteil, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten blieben die gleichen wie zur Zeit der Könige, und gegenüber einige Nationalitäten ging der Völkermord weiter. Diese Politik diente dazu, den Hass und die Streitigkeiten zwischen den Nationen und Nationalitäten Jugoslawiens anzuzehnen. Die «Vereinigung» und die «Verbrüderung» der Völker, über die in Jugoslawien viel gesprochen wird, wurde niemals auf richtige Fundamente der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Gleichheit der Nationen und Nationalitäten gestellt.

Ohne die Gleichheit auf diesen Gebieten herzustellen, ist es unmöglich, die nationale Frage in Jugoslawien richtig zu lösen, Es werden

nun schon drei Jahrzehnte, ohne, dass der «Selbstverwaltungssozialismus» über die Demagogie von der «selbstregierenden Gemeinschaft der Nationen und Nationalitäten neuen Typs» hinaus irgendetwas für die Verwirklichung der souveränen Rechte dieser verschiedenen Nationen und Nationalitäten in den Republiken und Gebieten Jugoslawiens gebracht hat. So besteht zum Beispiel im Gebiet Kosova, mit einer albanischen Bevölkerung, die das Dreifache der Bevölkerung der Republik Montenegro ausmacht, im Vergleich zu den übrigen Gebieten Jugoslawiens eine ausgeprägte wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Rückständigkeit. Auch in den grossen Republiken gibt es in allen Lebensbereichen unzulässige Unterschiede gegenüber anderen Republiken. Dieser Zustand ist der schwächste Punkt der Föderation der jugoslawischen Revisionisten, der diese in den Grundfesten schwanken lässt. Die Hoffnungen auf eine Lösung der alten und neuen Unstimmigkeiten zwischen den Nationen in Jugoslawien sind aussichtslos.

Analysiert man diese äusserst schwierige und verworrene Situation mit wissenschaftlicher Objektivität gelangt man zu der unanfechtbaren Schlussfolgerung, dass die nationale Frage in Jugoslawien nicht gelöst werden wird, wenn man dort nicht den Marxismus-Leninismus anwendet, also, wenn dort die kapitalistische sogenannte Selbstverwaltungsordnung nicht gestürzt wird.

Diese Gefahr spüren die titoistischen Regenten und wollen deshalb, wenn sie schon die Fragen der Nationen und Nationalitäten in den Mund nehmen müssen, den Graben durch einige bombastische Erklärungen überbrücken, ohne

in die Probleme einzudringen, oder sie suchen bei den anderen Revisionisten um falsche Zeugnisse an, wie das geschah, als sie den Erklärungen der chinesischen Revisionisten über die «marxistisch-leninistische Lösung der nationalen Frage in Jugoslawien» grosse Publizität gaben.

In Worten können die Revisionisten die Beziehungen zwischen den Nationen und Nationalitäten in Jugoslawien darstellen, wie sie wollen, die bittere Wahrheit über diese Frage aber wird sie noch über den Tod hinaus mit ihrem Schrecken verfolgen.

Die nationale Frage in Jugoslawien wird von den Völkern selbst gelöst werden, die von der gegenwärtigen Föderation erfasst sind, und nicht von denen, die, unabhängig von ihren Erklärungen, in der Tat die reaktionäre und chauvinistische Politik ihrer Vorgänger fortsetzen.

In Fortsetzung seiner Ausführungen im Zusammenhang mit der Politik des jugoslawischen Staates behauptet der abgefemte Revisionist Kardelj, diese Politik sei «...kein Monopol der Berufspolitiker und der politischen Kartelle hinter dem Vorhangmehr», sondern werde «zur direkten Aktivität und zur direkten Beschlussfassung durch die Selbstregierenden und ihre Organe...» (S. 25). Seht her, will Kardelj sagen, kritisiert uns von heute ab nicht mehr für den Verrat an den Klasseninteressen, denn der jugoslawische Arbeiter ist Herr über die Politik des Landes und die Verteidigung seiner «selbstverwalteten» Interessen, nicht wie in den anderen Staaten, wo die Berufspolitiker die Herren sind. Dabei macht er, in übler Absicht, nicht den Unterschied zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Land, sondern wirft sie alle in einen

Topf, weil es so praktischer für ihn ist, aus Schwarz Weiss zu machen.

Kardelj weiss, dass er, um jene unehrlichen Ziele, die er sich gesteckt hat, verwirklichen zu können, mit allen Mittel die Erscheinungen verniedlichen muss, die die «selbstverwaltete» Realität entlarven. Deshalb spielt er die Tatsache, dass der jugoslawische Arbeiter keine Möglichkeit hat, seine Rechte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu verwirklichen, kräftig herunter und erklärt dies daraus, «... dass der Arbeiter aufgrund einer Reihe von objektiven und subjektiven Ursachen – zu denen zweifellos auch der relativ noch niedrige Stand der Bildung und der Kultur wie auch der Anwendung der Wissenschaft gehören – noch immer nicht in der Lage ist, vollständig und in bewusster und schöpferischer Weise sämtliche Prozesse zu dominieren, zu orientieren und zu kontrollieren, die ihm seine gesellschaftliche und ökonomische Stellung aufzwingt.» (S. 27). Es liegt auf der Hand, dass das, was hier geschrieben wird, ein Versuch ist, die arbeiterfeindlichen und antisozialistischen Positionen zu verteidigen. Gegenwärtig begreift der jugoslawische Arbeiter überhaupt nichts von dieser illusorischen Theorie und er sieht auch nicht, dass irgendeine von diesen absurden, verlogenen und für ihn unannehmbaren Ideen in die Praxis umgesetzt würde.

Da, wie Kardelj behauptet, das niedrige kulturelle und wissenschaftliche Niveau der Arbeiter ein Hindernis darstellt, spielen in der «selbstverwalteten» Gesellschaft die gebildeten und qualifizierten Menschen die Hauptrolle, sie sind die Elite, die in der «sozialistischen Gemeinschaft» herrscht. Unter diesen Umständen

werden die Beschlüsse eben in den meisten Fällen von dieser Elite gefasst, vom Element der neuen, gebildeten Bourgeoisie, die das Gesetz in Jugoslawien macht. Wer trägt die Schuld daran, dass die Elite hervortritt und die Rolle der Arbeiter verloren geht? Ohne Zweifel liegt die Schuld daran am Gesellschaftssystem selbst, das die neue kapitalistische Klasse hervorbringt und ihr die Möglichkeit schafft, sich auf Kosten der Arbeiter wirtschaftlich zu stärken und auszubilden, während sie die Arbeiterklasse in einem niedrigen Niveau belässt. Kardelj kann nicht umhin zuzugeben, dass die Beschlüsse in Jugoslawien praktisch von einer relativ schmalen Schicht von Menschen gefasst werden. Doch er verliert kein Wort darüber, dass gerade auf diese Weise das politische Monopol der Elite bei der Beschlussfassung und bei der Verteilung der Einkünfte in den Betrieben der «sozialistischen Selbstverwaltung» geschaffen wird. Dieses politische Monopol, vor dem sich die jugoslawischen Revisionisten angeblich schützen und das sie angeblich bekämpfen, sticht bei ihnen, in dem sogenannten politischen System der «sozialistischen Selbstverwaltung», gerade ins Auge.

In der «selbstverwalteten» Gesellschaft muss, wie sich Kardelj ausdrückt, «... anstelle der alten Beziehungen: Arbeiter – Staat – gesellschaftliche Tätigkeit unvermeidlich eine neue Beziehung zwischen den direkt in der Produktion tätigen Arbeitern und den Arbeitern in der gesellschaftlichen Tätigkeit konstituiert werden» (S. 23). Ihm zufolge ist beim Aufbau der gesellschaftlichen Beziehungen der Weg einer sozialistischen Regierungsform, in der der wissenschaftliche Sozialismus angewandt wird, wo die

Einheit zwischen den Werktätigen der unmittelbaren Produktion und den Werktätigen der gesellschaftlichen Tätigkeit besteht, wo eine rege sozial-politische Tätigkeit und eine ebensolche Organisation der Wirtschaft existieren, wo die Hauptrolle die in ihrem sozialistischen Staat organisierten werktätigen Menschen spielen, nicht der richtige Weg. Der richtige Weg, behauptet Kardelj, ist der der Errichtung «neuer» gesellschaftlicher Beziehungen ohne die Beteiligung des Staates!

Diese Ideen sind Ausdruck reinsten Anarchismus. All diese Phrasen sind dazu da, um alles Gute des wahren sozialistischen Systems zu verdunkeln und in betrügerischer Weise zu behaupten, in Jugoslawien schreite man angeblich der Einheit der Arbeiter und Intellektuellen durch «den freien Arbeitsaustausch» entgegen, der, wie durch Zauberei, die Gegensätze verringere.

In Kardeljs Theorie ist keine Rede vom gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Staates, von der Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse und von der Errichtung der Diktatur des Proletariats und das kann auch gar nicht anders sein. Wenn er auch Marx zitiert, dass «wir im gegebenen Augenblick eben zur Gewalt greifen müssen, die endgültig die Macht der Arbeit konstituieren soll», tut er das, um nachzuweisen, Marx habe angeblich mehr zum Sieg der proletarischen Revolution mit friedlichen Mitteln geneigt, die Gewalt dagegen eine Ausnahme genannt und sie vom einigen besonderen gesellschaftlichen Umständen abhängig gemacht. Und mit derlei sophistischen Begründungen versucht Kardelj den Eindruck zu erwecken, die Arbeiterklasse könne gegenwärtig ihre histo-

rischen Interessen nicht durch Revolution, sondern im Bündnis mit den verschiedenen politischen Parteien der kapitalistischen Länder verwirklichen. Die heimtückische Zitierweise, um Marx, was die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus anbelangt, gegen Marx auszuspielen, hat Kardelj von seinen revisionistischen Vorgängern übernommen, gegen die Lenin geschrieben hat:

*„Die Berufung darauf, Marx habe es... für möglich gehalten, dass sich... der Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vollziehen könnte, ist das Argument eines Sophisten, das heisst einfacher gesagt, eines Betrügers, der Zitate und Hinweise zu Gaunereien benutzt.“<sup>1</sup>*

Diese Verfälschungen benötigt Kardelj, um den «Eurokommunisten» die Hand zu reichen, mit denen er sich in vollständiger Übereinstimmung befindet. Die revisionistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens haben verkündet, sie würden den Sozialismus angeblich durch die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten, durch die Macht der Stimmenzahl bei dem Parlamentswahlen erreichen. Den «Eurokommunisten» nach, wird sich die Fähigkeit der Arbeiterklasse in der Frage erweisen, wieviele Schlüsselstellungen sie in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und der kapitalistischen Macht wie auch beim Regieren der Gesellschaft erobern wird. Auf diese Weise, so sagen sie, werde die Umwandlung des Charakters der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in «selbstverwaltete» oder «sozialistische» möglich. Gerade in dieser Fra-

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, alb. Ausg., S. 107

ge vollzieht sich die Vereinigung der titoistischen Theorie mit der Theorie des «Eurokommunismus». Die «Eurokommunisten» sind gezwungen, den europäischen bürgerlichen politischen Pluralismus und die Einheit zwischen den bürgerlichen Parteien zu akzeptieren, um – angeblich durch Reformen – die Verwirklichung zahlreicher Rechte für die Arbeiterklasse zu erreichen und dann, auf diesem Weg, zur «sozialistischen» Gesellschaft überzugehen. Diese Bestrebungen seiner Freunde nennt Kardelj «Strukturveränderungen», die sich unbedingt dahingehend auswirken müssten, dass sich der Prozess entwickle und dabei auch die Position und die Rolle des Parlaments selbst verändere.

Also behauptet Kardeljs Theorie, dass die «kommunistischen» Parteien Westeuropas unter den Bedingungen der Krise des kapitalistischen Systems, unter Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems, dem man – wie er sagt – nicht die demokratischen Errungenschaften abstreifen könne, einen geeigneten Modus finden müssten, um der Arbeiterklasse ein Bündnis mit den breitesten «demokratischen» Kräften zu sichern. Durch diese Art von Bündnis könne, nach der revisionistischen Logik, eine günstigere «demokratische» Situation des parlamentarischen Systems geschaffen werden, und das parlamentarische System werde sich schliesslich – wer weiss wie – in eine entscheidende Kraft des Volkes «verwandeln»! Das ist der Weg, den der Titoismus den übrigen revisionistischen Parteien bestimmt, um die Macht auf friedlichem Weg zu ergreifen.

Allerdings befindet sich die Macht in den bürgerlichen Staaten in den Händen der Ka-

pitalisten, der nationalen Konzerne und Kartelle und der multinationalen Gesellschaften. Diese Kräfte des Kapitals halten die Schlüsselbereiche der Leitung der Wirtschaft und des Staates in ihren Händen, sie machen das Gesetz und ernennen, durch einen verlogenen demokratischen Prozess, die Regierung, die unter ihrem Befehl steht und als offizieller Verwalter ihrer Reichtümer fungiert. Die Bourgeoisie schützt nicht ihre Macht, um sie den «Eurokommunisten» auszuhändigen, sondern um ihre eigenen Klasseninteressen, wenn es sein muss auch mit Blut, zu verteidigen. Diese Realität, die das Leben täglich bestätigt, nicht zu sehen, bedeutet, die Augen zu verschliessen und am helllichten Tage zu träumen. Sollten es die «Eurokommunisten» schaffen, einen oder mehrere Posten in der bürgerlichen Regierung zu besetzen, werden sie in diese Regierung tatsächlich als Vertreter des Kapitalismus kommen, genau wie die übrigen bürgerlichen Parteien, und nicht als Vertreter des Proletariats.

Die bürgerliche Scheindemokratie, das Parlament, das angeblich die Regierung wählt, ist nichts mehr als eine Marionette in Händen der Macht des Kapitals, die «hinter den Kulissen» aktiv ist und in verschiedenen Formen von aussen her diktiert. Diese verschiedenen Formen der Verwirklichung der wahren Macht «hinter den Kulissen» erhalten ihre Nuancen durch die verschiedenen im Parlament vertretenen Parteien und durch die Gewerkschaften, die angeblich kämpfen, um die Arbeiter zu verteidigen. In Wirklichkeit aber stehen sämtliche bürgerlich-revisionistischen Parteien und Gewerkschaften im kapitalistischen Staat, ungeachtet der Na-

men, die sie sich geben, in Abhängigkeit von den Unternehmern.

Kardelj gibt den «Eurokommunisten» Recht, wenn diese ihren politischen Kampf für den «Sozialismus» mit der Verteidigung der Institutionen des Pluralismus der politischen Kräfte verbinden, weil dies, wie er sich ausdrückt, «... in der derzeitigen Situation der Länder Westeuropas die einzige reale Art der Vereinigung der Kräfte der Arbeiterklasse selbst, wie auch ihrer Verbindung mit den anderen demokratischen Kräften der Völker darstellt. Nur dadurch können die gesellschaftlichen und politischen Positionen der Arbeiterklasse wesentlich gestärkt werden, das heisst, nur dadurch erhält sie die Fähigkeit, die Gesellschaft nicht nur zu kritisieren sondern auch zu verändern». (S. 41).

Der Verbundenheit, der Solidarität und der Einheit des Bundes der «Kommunisten» Jugoslawiens mit den «Eurokommunisten» und mit allen übrigen revisionistischen Parteien, die auf diese oder jene Weise, in dieser oder jener Form den Kapitalismus verteidigen und gegen die wirkliche Revolution und den wirklichen Sozialismus kämpfen, Ausdruck gebend, sagt Kardelj: «... wir haben Grund dazu, das parlamentarische System und den politischen Pluralismus gegen die Angriffe der reaktionären Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft zu verteidigen...» (S. 61). Der «Ideologe» will damit sagen, dass die Arbeiterklasse und die Pseudokommunisten Westeuropas das Recht hätten, sich mit den kapitalistischen Institutionen, mit dem Parlament und mit der bürgerlichen Regierung zu vereinigen, weil durch diese Vereinigung und nur durch sie die Arbeitklasse fähig gemacht werde, die Gesellschaft zu verändern!

Aus dem bisher Dargelegten geht klar hervor, dass die jugoslawische «selbstverwaltete» Gesellschaft für das enge Bündnis oder für die Fusion des Kapitalismus mit dem Sozialismus ist, weil die derzeitigen Kapitalisten angeblich nichts gegen den Aufbau einer neuen Gesellschaft haben, in der die Arbeiterklasse zu den demokratischen «Selbstverwaltungs»rechten befähigt wird und sie vollständig erlangt. Also ist nicht schwer zu begreifen, dass der Verfasser des Buches anempfiehlt, von der «Konsumgesellschaft», in der angeblich die Technokraten die Macht ergriffen haben, zu einer «selbstverwalteten» Gesellschaft überzugehen, in der «die Individuen in gemeinsamer Arbeit vergesellschaftlicht werden» – und diesen Übergang könne man dann als Sieg des Sozialismus bezeichnen! An diesen Auslassungen und Einstellungen abgefeimter Renegaten gibt es nichts, was dem wahren wissenschaftlichen Sozialismus gleichen würde. Als treue Lakaien der kapitalistischen Bourgeoisie leugnen die Titoisten mit dem, was sie schreiben, die proletarische Revolution und den Klassenkampf. Mit der Behauptung, die «Konsumgesellschaft» könne sich schrittweise, nicht durch die gewaltsame Revolution, sondern «durch den heiligen Geist» in Sozialismus verwandeln, wollen sie das Proletariat entwaffnen und seine marxistisch-leninistische Partei zerschlagen.

In den kapitalistischen Ländern, so «enthüllt» Kardelj, ist die Exekutivgewalt mit politischen Kräften ausserhalb des Parlaments verbunden, die auf sie einwirken und ihr ihre Politik aufzwingen. Auch hier sagt er nichts Neues, sondern kaut als eigene Feststellung eine Idee wieder, die Lenin aussprach, als er meisterhaft die

Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie entlarvte. Sich die Ideen Lenins anzueignen und sie zu wiederholen, ist eine glänzende Sache, doch Herrn Kardelj verzehrt weder die Sorge um Lenin noch um den Leninismus. Ihn schreckt sowohl die «Politisierung» als auch das «politische Monopol» des Leninismus, obwohl er gerne die anderen «politisieren» und ihnen weismachen möchte, dass im Kapitalismus die Exekutivgewalt wirklich von den Kräften ausserhalb der Staatsorgane manipuliert wird, während in Jugoslawien der Vorstand der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien und der Föderative Exekutivrat, der die Regierung darstellt, offenbar durch ein Wunder dieser Gefahr entgangen sind, weil sie die Kompetenzen «präziseverteilt haben (S. 235). Ausserdem konzentrierte sich in Jugoslawien, immer noch laut Kardelj, die politische Gewalt «... in der Beratung der Delegierten, und sogar nicht einmal darin, sondern in der Verflechtung dieser Beratung mit der gesamten gesellschaftlichen Struktur» (S.235). Diese «Beratung von Delegierten» erinnert, was die «Vollmacht der Kompetenzen» betrifft, an die sogenannten örtlichen Selbstverwaltungsräte in den bürgerlichen Ländern, über die Lenin spottete:

*«... die Lokalbehörden (können) nur in Kleinigkeiten 'autonom', nur in Fragen wie der Verzinsung von Waschschüsseln selbstständig... bleiben...»<sup>1</sup>*

Es heisst, dass die «Delegierten» in der «Arbeiterselbstverwaltung» offen ihre Meinung äussern.

1. W. I. Lenin, Werke, Bd. 10, alb. Ausg., S. 366

ssern. Natürlich haben in der Theorie nicht nur die «Delegierten», sondern auch die Arbeiter alle Rechte, in der Praxis aber geniessen sie überhaupt nichts. Im politischen System der jugoslawischen «Selbstregierung» wird alles von oben und nicht von unten her beschlossen. Man kennt heute die Proteste der jugoslawischen Arbeiter gegen die Bereicherung und die Korruption der Direktoren, ihr Auftreten mit der Forderung nach Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, nach Auflösung der Privatbetriebe, nach Zügelung der politischen und moralischen Korruption, gegen die nationalen Trennungen usw. Das Buch strotzt von ellenlangen Phrasen, um die Menschen beim Lesen müde zu machen und so dazu zu bringen, der abstrakten Idee Glauben zu schenken, dass «in Jugoslawien die sozialistische Selbstregierung existiert» und «die Arbeiterselbstverwaltung herrscht», zu einer Zeit, da die Arbeiter nichts zu sagen haben. Die Fäden des Regierens in Jugoslawien hält die neue jugoslawische Bourgeoisie in der Hand, die rechts aktiv ist und sich dabei mit linken Parolen tarnt.

#### 4. – Das System der «Selbstverwaltung» und die Leugnung der führenden Rolle der Partei

Eine antimarxistische Haltung nehmen die jugoslawischen Revisionisten auch gegenüber der führenden Rolle der kommunistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus ein. Kardeljs «Theorie» zufolge kann die Partei keinerlei wirtschaftliche oder Verwaltungstätigkeit führen; sie kann und muss lediglich durch Erziehungsarbeit

auf die Arbeiter einwirken, damit diese das sozialistische System genau verstehen.

Die Leugnung der Rolle der kommunistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus und die Reduzierung dieser Rolle auf einen «ideologischen» und «orientierenden Faktor» steht im offenen Gegensatz zu dem Marxismus-Leninismus. Diese These «belegen» die Feinde des wissenschaftlichen Sozialismus damit, dass sie behaupten, die Führung der Partei sei angeblich unvereinbar mit der entscheidenden Rolle, die die Massen der Produzenten spielen müssen. Diese müssen ihrer Meinung nach, ihren politischen Einfluss direkt und nicht durch die kommunistische Partei ausüben, da dies «bürokratischen Despotismus» hervorruft!

Im Gegensatz zu diesen antiwissenschaftlichen Thesen dieser Feinde des Kommunismus hat die historische Erfahrung gezeigt, dass die führende und unteilbare Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus unerlässlich ist. Bekanntlich stellt die Führung durch die Partei eine lebenswichtige Frage für die Geschicke der Revolution und der Diktatur des Proletariats dar; sie spiegelt ein allgemeingültiges Gesetz der sozialistischen Revolution wider. Lenin sagt, dass

*«... die Diktatur des Proletariats nicht anders als durch die kommunistische Partei möglich ist.»<sup>1</sup>*

Die direkte politische Einflussnahme der werktätigen Massen in der sozialistische Gesellschaft wird durch die kommunistische Partei, die

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, alb. Ausg. S. 226

die Arbeiterklasse vertritt, deren Interessen Gegensatz zu den Interessen der übrigen Werktätigen stehen, nicht im geringsten behindert. Im Gegenteil, allein unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut nehmen die werktätigen Massen am Regieren des Landes und an der Verwirklichung ihrer Interessen teil. In einem wahrhaft sozialistischen Land, wie Albanien, wird über wichtige Fragen unmittelbar die Meinung der werktätigen Massen eingeholt. Dafür gibt es so viele Beispiele, dass man sie nicht aufzählen kann, angefangen von der Diskussion und Billigung der Verfassung bis hin zu den Wirtschaftsplänen usw. Der «bürokratische Despotismus» ist ein Kennzeichen des kapitalistischen Staates und kann niemals der führenden Rolle der Partei im System der Diktatur des Proletariats zugeschrieben werden, die, ihrem Wesen und ihrem Klassencharakter nach, streng antibürokratisch ist.

Im Rahmen seiner Darlegung der revisionistischen Auffassungen über die Rolle der Partei schreibt Kardelj, dass der Bund der «Kommunisten», obwohl er dafür kämpfen muss, dass sich die wichtigsten Machtpositionen in Händen jener subjektiven Kräfte befinden, die auf der Seite des Sozialismus und des sozialistischen Selbstregierens stehen, dennoch «... keine politische Klassenpartei sein kann» (S. 119). Das ist also die Partei, die die jugoslawischen Revisionisten fordern! Sie wollen keine politische Partei der Arbeiterklasse, und sie haben in der Tat auch keine solche Partei, vielmehr wollen sie eine bürgerliche Organisation, einen Klub, wo jedermann ein- und ausgehen kann, wann und wie er will, wenn er bloss erklärt, er sei «Kommunist», ohne dass er deshalb auch einer zu

sein braucht. Natürlich ist das ganz normal für eine Partei wie den Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens, an dem sich nicht als geringste Kommunistische finden lässt.

Eine nicht klassenmässige Partei und einen nicht klassenmässigen Staat hat es nie gegeben und wird es auch nie geben. Der Staat und die Parteien sind ein Produkt von Klassen. So sind die Parteien und Staaten entstanden und so werden sie bis zum Kommunismus sein.

Obwohl Kardelj davon ausgeht, dass die führende Rolle des Bundes der «Kommunisten» liquidiert sei, versäumt er es dennoch demagogischerweise nicht, zu erklären, dass dieser Bund «durch seine klare Haltung» (die in Wirklichkeit nicht im geringsten klar, sondern im Gegenteil verworren und verschwommen ist) «viel tun muss, um die Mittel zur Lösung zahlreicher Fragen bzw. die weiteren Wege und Formen der Entwicklung des politischen Systems des sozialistischen Selbstregierens aufzufinden». Wenn es nicht der Staat und die Partei sind, die dem Volk das Glück bringen können, wie der Renegat Kardelj schreibt, weshalb wird dann verlangt, dass dem Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens diese Vorrechte eingeräumt werden? Wenn die Gesellschaft der jugoslawischen «Selbstverwaltung» die Führung durch eine einzige politische Partei nicht braucht, wie behauptet wird, warum soll dann die Führung des Bundes der «Kommunisten» Jugoslawiens nötig sein?

Während Marx für eine wahre Partei der Arbeiterklasse ist, die diese Klasse zu führen und sie ihrer historischen Mission bewusst zu machen hat, kann laut Kardelj das Proletariat spontan, auch ohne die führende Rolle der

Partei das Land vorwärtsführen und seine Bestrebungen verwirklichen. Damit will Kardelj die Theorie der «Selbstverwaltung» rechtfertigen, jene Theorie, die sowohl für den politischen Pluralismus, das heisst für die Vereinigung aller gesellschaftlichen Kräfte, unabhängig von ihren ideologisch-politischen Unterschieden, im sogenannten Sozialistischen Bund des Werktätigen Volkes, als auch für eine Partei ist, die keinerlei kommunistischen Wert besitzt, der er aber dennoch das Schild der Führerin im ganzen antimarxistischen «Selbstverwaltungs»system umhängt.

Der Revisionist Kardelj führt den Bürokratismus der westlichen Parteien des Kapitals im Mund. Auch hier hat er nichts neues entdeckt; denn es ist bekannt, dass der Bürokratismus im Wesen des Kapitalismus liegt und sein Charakteristikum darstellt. Er brandmarkt jedoch den Bürokratismus der anderen Parteien, nicht um sie zukritisieren, sondern um die Bürokratisierung und danach die Liquidierung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sowie die Beseitigung aller ihr gebührenden Vorrechte zu kaschieren. Wenn die Titoisten die Partei in den Nachtrab der Ereignisse, der Phänomene und der Prozesse des politischen und gesellschaftlichen Lebens bringen und sie in eine Partei der Bourgeoisie verwandeln, nennen sie das Entbürokratisierung. Und, um ihren Verrat zu verhüllen, haben sie ihr, wie bei einem abgeworfenen Geweih, nur noch den Namen «Bund der Kommunisten Jugoslawiens» gelassen.

Will man herausfinden, ob man es mit einer kommunistischen oder einer nichtkommunistischen Partei, mit einer Partei der Arbeiterklasse oder nicht zu tun hat, kann man nicht vom

Namen, den sie trägt, her urteilen, sondern insbesondere umgehend von der Tatsache, wer diejenigen sind, die die Partei führen und was für eine Tätigkeit sie betreibt. Lenin sagte:

*„Ob jedoch eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, hängt... auch davon (ab), wer sie führt und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer Politischen Taktik ist.“<sup>1</sup>*

Und in der Tat ist der Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens nicht nur dem Bürokratismus nicht entgangen, sondern es ist sogar so, dass er als Partei der jugoslawischen Kommunisten schon seit langem nicht mehr existiert. Seine Aufblähung durch zahlreiche Apparate, durch eine grosse Zahl bürokratischer Funktionäre und Parteiangestellter, nicht anders als bei den revisionistischen Parteien des Westens oder den sozialdemokratischen Parteien, ist einer der Faktoren, die bewirkten, dass er nicht nur nicht mehr Vorhut der Arbeiterklasse, sondern sogar eine Partei gegen diese Klasse ist.

Die Herrschaft der Arbeiterklasse und die Vorhutpartei dieser Klasse als Führerin des Staates und der Gesellschaft gibt es in Jugoslawien nicht. Laut Kardelj hat der Bund der «Kommunisten» in Jugoslawien keinerlei Recht auf die politische Führung im Machtsystem, weil dort die Macht «.... durch das System der Delegierten verwirklicht wird, während der Bund der Kommunisten, als Bestandteil des selbstregierten Systems, eine der wichtigsten Faktoren des gesellschaftlichen Einflusses bei der Formung des Bewusstseins der Selbstregierenden und der Or-

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, alb. Ausg., S. 285

gane der Delegierten ist» (S. 73). Ich bin der Meinung, dass dies nicht vieler Erklärungen bedarf. Das, was der Renegat schreibt, reicht aus um sich davon zu überzeugen, dass in Jugoslawien die Diktatur des Proletariats als politische Herrschaft der Arbeiterklasse und als staatliche Führung der Gesellschaft durch diese Klasse nicht existiert. Und da dort diese Diktatur nicht existiert, kann auch nicht von der Existenz der Partei der Arbeiterklasse die Rede sein, sondern nur von einer Partei der Bourgeoisie.

Kardelj behauptet, dass das «Einparteiensystem» in einem sozialistischen Land eine spezifische Transformation des bürgerlichen politischen Systems und die Rolle einer Partei (hier meint er die Bolschewistische Partei) das gleiche «Mehrparteiensystem» wie im bürgerlichen politischen Pluralismus sei, mit einem «kleinen» Unterschied, dass nämlich in der politischen Macht mit einer einzigen Partei nur deren Führer an der Spitze stünden, während in der Macht mit mehreren Parteien die Führer wechselten. Dieser Betrüger stellt die bürgerlichen Parteien und die Partei der Bolschewiki, die von den russischen Revolutionären mit Lenin an der Spitze gegründet wurde, auf eine Stufe. Für ihn besteht zwischen der Führung des Staates und der Gesellschaft durch die wahre Partei der Kommunisten und der Herrschaft der Bourgeoisie vermittels des Mehrparteiensystems nicht der geringste Unterschied. Dies beweist einmal mehr, dass die Titoisten, ebenso wie die Bourgeoisie, die politischen Parteien und den Staat als Institutionen behandeln, die angeblich über den Klassen stehen.

Wenn es so ist, dass die Arbeiterklasse auf Leben und Tod der Bourgeoisie gegenübersteht,

und diese beiden Klassen, um ihre antagonistischen Interessen zu verteidigen und um, jede von ihnen, selbst in der Gesellschaft zu herrschen, in einer politische Partei organisiert sind, dann soll das nicht bedeuten, dass die Partei der Arbeiterklasse, die marxistisch-leninistische Partei, sich nicht von der bürgerlichen Partei unterscheidet. Im Gegenteil. Als sich die Kommunistische Partei Jugoslawiens in eine bürgerliche Partei verwandelte, wurde sie keineswegs zu einer über den Klassen stehenden Partei, sondern von der Vorhut der Arbeiterklasse zu einem Werkzeug der Bourgeoisie, sie büsste nur ihren proletarischen Klassencharakter, nicht aber den Klassencharakter im allgemeinen ein, denn sie verwandelte sich in eine Partei der neuen bürgerlichen Klasse. Der Unterschied zwischen der kommunistischen Partei und einer bürgerlichen Partei in der Führung des Staates ist alles andere als «gering», er ist sehr gross, tief, prinzipiell und klassenmässig und lässt sich nicht auf die «Rotation» ihrer Führer an der politischen Macht reduzieren, wie dieser Renegat behauptet.

Mit diesen «Theoretisiererein» über den «geringen Unterschied» zwischen dem bürgerlichen politischen System und dem sozialistischen System und zwischen der bürgerlichen Partei und der marxistisch-leninistischen Partei wollen die jugoslawischen Revisionisten sagen, dass ihr Rennen in Richtung auf den Kapitalismus, ihnen nicht als etwas Besonderes angerechnet werden soll. Es ist vollkommen klar, dass die jugoslawischen Revisionisten in der Theorie keine anderen Positionen beziehen können, als die, die sie in der Praxis eingenommen haben.

In der Absicht, den Aufbau des Sozialismus

in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins anzugreifen, faselt Kardelj über die «Schwächen des Einparteiensystems»: «Darin tritt vor allem die Tendenz zur Personalunion der Parteiführung mit dem exekutiven Staatsapparat zum Vorschein, und auf diese Weise wird es zu einem Instrument des Wirkens technokratisch-bürokratischer Tendenzen in der Gesellschaft.» (S. 64).

Um diesem «Technokratismus-Bürokratismus» und dieser Tendenz zur «Personalunion der Parteiführung mit dem exekutiven Staatsapparat des Sozialismus» die sie willkürlich den Bolschewiken zuschreiben, zu «entgehen», haben die Herren jugoslawischen Revisionisten ihr eigenes System geschaffen, das nichts anders ist als eine Diktatur der titoistischen Gruppe. In den sogenannten Beratungen der selbstverwalteten Gemeinschaften und in ihren Exekutivapparaten, «... treten gegenwärtig», wie der Verfasser des Buches selbst zugibt, «die bürokratisch-zentristischen Tendenze sehr stark in Erscheinung» (S. 232). In Jugoslawien wird die Exekutivgewalt von Tito und seiner Clique manipuliert. Trotz aller Versicherungen, man erhebe keinen Anspruch auf die Macht, ist der Vorsitzende des Bundes der «Kommunisten» Jugoslawiens auf Lebenszeit Präsident des jugoslawischen Staates, und alle Funktionäre in den Schlüsselpositionen der Staatsmacht, der Armee, der Wirtschaft, der Aussenpolitik, der Kultur, der gesellschaftlichen Organisationen u.a., haben wichtige Funktionen im Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens inne. Alles läuft darauf hinaus, dass sich die jugoslawischen Revisionisten, während si die marxistisch-leninistischen Lehren über die Führung der proletarischen Partei in der sozialistischen

Gesellschaft angreifen, in der Praxis bemühen, die Zügel der Macht fest in ihren Händen zu halten. Das sogenannte Präsidium Jugoslawiens wurde weder geschaffen, um eine kollegiale Staatsführung zu garantieren, noch um den Bürokratismus, auf den sie sich stützt, zu bekämpfen, noch um den jugoslawischen Staat vor beherrschenden Kräften ausserhalb seiner selbst zu verteidigen, wie manchmal zu hören war, sondern als verzweifelter Versuch, die Herrschaft des Titoismus nach Titos Tod sicherzustellen. Das zeigt, dass das jugoslawische Regime nicht nur den Inhalt sondern auch der Form nach nicht anders ist, als eine kapitalistische Macht, die das Volk unterdrückt und dabei bemüht ist, dies hinter betrügerischen Parolen zu verstecken.

Kardelj kann jene schwarze Periode der Geschichte Jugoslawiens nicht aus der Welt schaffen, als die Völker dieses Landes infolge des Verrats der Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Errichtung der titoistischen Diktatur auf ihrem Rücken die Ungerechtigkeiten, die Gewalt und den zügellosesten Terror zu spüren bekamen. Der titoistische Sprecher, Kardelj, versucht, die Finsternis mit ein paar Parolen zu durchdringen, um die Völker Jugoslawiens dazu zu bringen, sich nicht über ihre Leiden zu beklagen, da ja «auch unsere sozialistische Revolution in ihrer ersten Phase in bestimmter Art und Weise das Einparteiensystem der revolutionären Demokratie, wenn auch niemals in seiner 'klassischen' stalinistischen Form, konstituiert hat» (S. 64-65). Dieser schamlose Renegat ist nicht im geringsten in der Lage, der «klassischen stalinistischen Form» irgend etwas anzuhaben, die eine so demokratische und sozialistische Form war, dass das

Tito-Kardelj-Rankovic-Regime nicht nur nicht an sie herankommt, sondern dass es eine Schande ist, hier überhaupt einen Vergleich zu ziehen. Die ungeheuerlichen Verbrechen in Jugoslawien wurden nicht während der Periode der Freundschaft mit Stalin und mit der Sowjetunion zu seinen Lebzeiten begangen, sondern gerade nach dem Bruch dieser Freundschaft und zu der Zeit, als Jugoslawien offen den Weg der «Selbstverwaltung» einschlug.

Nach Kardeljs «Theorie» ist gegenwärtig in Jugoslawien die Verbindung der Exekutivorgane des Bundes der «Kommunisten» Jugoslawiens mit den staatlichen Exekutivorganen in Personalunion «vollständig» und «radikal» abgeschafft worden, denn der Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens habe keinerlei Vorrechte, um die Position der führenden ideologischen und politischen Kraft in der Gesellschaft zu verwirklichen. Er habe nur die Rolle, auf die Massen einzuwirken.

Wie und wofür soll aber diese Art Bund auf die Massen einwirken, wenn dieser keinerlei Vorrecht auf die Führung besitzt? Für nichts. In einem Augenblick der Verzweiflung hat Tito zugegeben, dass «aus dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens eine amorphe, apolitische Organisation geworden ist.» Kardelj aber berichtigt seinen Chef, um zu verhindern, dass den Titoisten der Putz ganz abbröckelt, und schreibt, dass angeblich «... der Bund der Kommunisten zu einer der mächtigsten Säulen der Demokratie neuen Typs – der Demokratie des Pluralismus der selbstregierenden Interessen geworden ist» (S. 65).

Wenn die Jugoslawische «Selbstverwaltung» den Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens der

politischen Führung entkleidet hat, versteht sich, dass diese «Selbstverwaltung» damit auch der Arbeiterklasse die politische Rolle entrissen hat, weil die Arbeiterklasse nur durch ihre Vorhut, die kommunistische Partei, in den Genuss ihrer Vorrechte kommen kann. Wenn der Vorhut der Klasse die Vorrechte der Führung entrissen werden, dann ist es eine Absurdität zu behaupten, die Klasse übe die ihr gebührenden Rechte aus. Unter diesen Umständen kann man sich vorstellen, wie das Proletariat und die übrigen werktätigen Massen in dieser Art von Demokratie «neuen Typs» «selbstregieren» können! Konkret sagt Kardelj über diese Frage: «Der Bund der Kommunisten herrscht nicht durch das politische Monopol, sondern ist Ausdruck einer spezifischen, jedoch in sozialen und historischen Hinsicht äusserst wichtigen Form der Interessen der Arbeiterklasse und damit auch der Interessen aller Werktätigen und der Gesellschaft – im System des Selbstregierens und der Macht der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, einem System, das sich auf den demokratischen Pluralismus der Interessen der selbstregierenden Subjekte stützt.» (S. 65-66)

Diese geschwollene und konfuse Phraseologie zeigt nichts anderes als die unwiderlegbare Tatsache, dass sich die Partei in Jugoslawien im Nachtrab befindet, dass sie nur auf dem Papier existiert. Obwohl Kardelj formal die Position der Festigung der Rolle der Partei vertritt, so wie er diese Rolle eben versteht, konnte er dennoch nicht umhin, zuzugeben: «... der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist politisch und schöpferisch... im gesamten demokratischen Selbstregierungssystem und bei der Ausarbeitung der Politik und Praxis der anderen

gesellschaftlich-politischen Organisationen nicht genügend präsent...» (S. 263-264) Wo ist dann der Bund eigentlich präsent, wenn nicht dort, wo er sein müsste, wenn in Jugoslawien – wie die jugoslawische Nachrichtenagentur TANJUG kürzlich meldete – zwei Drittel der Dörfer überhaupt keine Grundorganisationen des «Bundes der Kommunisten» besitzen. Die peinliche Antwort auf diese Frage gibt Kardelj nicht, aber die konkrete Analyse der praktischen Tätigkeit des Bundes bestätigt ohne jeden Zweifel, dass er als «Partei der Kommunisten» nirgends präsent ist, während er als Partei der neuen jugoslawischen Bourgeoisie und der faschistischen Diktatur Titos überall zugegen sein kann.

In diesem jugoslawischen «Selbstverwaltungssozialismus», den «theoretisch» zu behandeln Kardelj sich zur Aufgabe gemacht hat, nimmt der Bund der «Kommunisten» Jugoslawiens stets eine spezifische Stellung ein. Diese spezifische Stellung, auf die man überall in seinem Buch stösst, kann nach Belieben ausgelegt werden, das heisst als spezifische Stellung bei der Erziehung der Werktätigen, als spezifische Stellung im Verhältnis zu dem Proletariat, als spezifische Stellung im sogenannten Delegiertensystem, an den sich der Bund nicht beteiligen und in dem er nicht leiten darf aus Angst vor dem «politischen Monopol», und andere Spezifika. Diese Partei mit diesen endlosen spezifischen Stellungen hat das Recht, im Rahmen der Delegation des sogenannten Sozialistischen Bundes des Werktätigen Volkes Jugoslawiens, eine eigene Delegation auf den Beratungen zu haben, über die sie mit den anderen «selbstverwaltenden» Delegationen zusammenarbeitet. Das zeigt, dass der Bund der

«Kommunisten» Jugoslawiens über keinerlei un-  
abhängige politische Macht verfügt und dass  
er schon seit langem die Funktion der Agentur  
des jugoslawischen anarchistischen Föderalis-  
mus ausübt. Er existiert, um das ausländische  
Kapital, das in Jugoslawien Wurzeln geschlagen  
hat, zufriedenzustellen, um es zu versichern,  
dass die «Selbstverwaltung» das System des  
Privateigentums nicht antastet, und dass keine  
Partei, wie auch immer, den Kurs dieses  
anarchosyndikalistischen Staates ändern wird.

E. Kardelj zufolge ist die Rolle des Individuums  
in der Gesellschaft alles, während die Arbeiter-  
klasse und ihre Partei nichts sind. Die Vorhut  
der Arbeiterklasse, so behauptet er, ist nicht  
die marxistisch-leninistische Partei, sondern  
diese Vorhut bilden die «selbstregierenden Ge-  
meinschaften». Das ist eine abstrakte Organi-  
sation, die erfunden wurde, um etwas Grosses  
vorzutauschen, ohne überhaupt wirkliches Le-  
ben zu besitzen. Dieser Revisionist stellt sich  
die Arbeiterklasse nicht als führende Klasse der  
Gesellschaft vor, sondern vermengt sie mit allen  
Werk tätigen. Das ganze jugoslawische Volk,  
sagt er, kann als Vorhut bezeichnet werden, wo-  
bei natürlich an die Spitze dieser «Vorhut» der  
Mensch gestellt wird, der «frei» (das heisst im  
anarchistischen Sinn) seine Ziele (in dieser  
anarchistischen Gesellschaft) zum Ausdruck  
bringt und sie verwirklicht. Aus diesen Aus-  
führungen Kardeljs geht deutlich hervor, dass  
die Arbeiterklasse in Jugoslawien schon seit  
langem nicht mehr gemeinsam wirkt, dass sie  
die Rolle der führenden Klasse in der jugosla-  
wischen Gesellschaft eingebüsst hat. Da der  
jugoslawischen Arbeiterklasse die Partei und  
die Macht aus der Hand genommen wurden, ist

sie nicht mehr eine Klasse an der Macht, sie geriet vielmehr in die Position einer Klasse, die von der neuen Bourgeoisie ausgebeutet wird, die durch die von ihr manipulierte Staatsmacht über die werktätigen Massen herrscht.

Um dem Vorwurf zu entgehen, dass die ablehnende Haltung gegenüber der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse Verrat an den Interessen dieser Klasse ist, hat der bekannte Verräter aus dem «Manifest der Kommunistischen Partei» von Marx und Engels folgende Zitate aus dem Zusammenhang gerissen: «Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien», «sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen», «sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen». Durch diese Zitate will Kardelj den Eindruck erwecken, als ob Marx und Engels die Meinung vertreten hätten, die Kommunisten benötigten keine eigene Partei, solange sie nicht eine Partei ist, die von den anderen Arbeiterparteien unterschiedliche Charakteristika, Interessen und Prinzipien aufzuweisen hat. Was für ein Renegat! Ohne eine Spur von Gewissenhaftigkeit sieht er das Proletariat – durch die Brille des sozialdemokratischen Antimarxisten – als eine amorphe Masse. Es kämpft angeblich für allgemeine Interessen, hat aber keinerlei Prinzip, keinerlei klassenmässige und revolutionäre Ausrichtung und keinerlei Kampfprogramm, um seine Rechte zu gewinnen!

Im zweiten Kapitel des Werks des wissenschaftlichen Kommunismus, im «Manifest der Kommunistischen Partei», haben Marx und Engels genial die historische Mission der Kom-

unistischen Partei als untrennbarer Bestandteil der Arbeiterklasse, als ihre Vorhutabteilung usw. usf. festgelegt, aber sie haben niemals die Meinung vertreten, dass die Kommunisten keine eigene Partei haben müssen. Im Gegenteil, gerade damit die Kommunisten ihre eigene Partei besitzen, schrieben Marx und Engels auch das Manifest dieser Partei, das als erstes wissenschaftliches programmatisches Dokument des Kommunismus betrachtet wurde.

##### 5. – Politisch-ideologischer Pluralismus, «Demokratie» und «sozialistischer» Aufbau in Jugoslawien

Mit seiner Theorie stellt Kardelj «den Pluralismus der Interessen der Werktätigen» in den Vordergrund, und in diesem Pluralismus hebt er vor allem die Rolle des sogenannten Sozialistischen Bundes des werktätigen Volkes hervor, der ihm zufolge fähig ist, alle gesellschaftlichen Kräfte zu vereinigen, ungeachtet der Unterschiede in der Ideologie. In Wirklichkeit ist der «Sozialistische Bund» eine Vereinigung, die nur formal existiert und in Jugoslawien keine Beachtung findet. Diese Wahrheit ist auch Kardelj an einer Stelle entschlüpft, wenn er schreibt: «Ich glaube, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass die Unterschätzung der gesellschaftlichen Rolle des Sozialistischen Bundes... eine schöne, verbreitete Erscheinung im Bund der Kommunisten ist, und zwar nicht nur in den Reihen der Mitgleider» (S. 272-273). Kardelj geht dann weiter auf die Aktivität dieser «Vereinigung aller organisierten Kräfte der Gesellschaft», wie das in Jugoslawien heisst, ein, und ist dabei wiederum gezwungen, seinen formalen

Charakter zu erwähnen. «... Der Sozialistische Bund» schreibt er, «löst die Probleme oft mehr zum Schein, das heisst durch Resolutionen und Erklärungen, und weniger real...» (S. 276). Diese von Kardelj zugegebenen Tatsachen, die er natürlich nur als Schwächen behandelt, genügen, um unwiderlegbar zu beweisen, was diese leblose Vereinigung eigentlich ist.

Der Pluralismus der «sozialistischen Selbstverwaltung» äusserst sich, Kardelj zufolge, im Rahmen des «Sozialistischen Bundes», der in seinen Reihen alle «fortschrittlichen demokratischen» Tendenzen (alle Strömungen, ja sogar die regressiven) einschliesst, deren Vertreter das Recht haben, die Politik Jugoslawiens zu besprechen und zu beschliessen. In Wirklichkeit beschliesst niemand anders als die titoistische Clique in dieser Front, die Kardelj Pluralismus der «selbstverwalteten» Interessen nennt, um zu zeigen, dass Jugoslawien ja gar nicht für die Schaffung vieler Parteien, sondern nur für eine Partei sei, unter der Bedingung, dass diese nicht die einzige Macht ist, die in der Gesellschaft führt.

«... Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens», sagt Kardelj, «trägt besondere politische Verantwortung in der Gesellschaft, eine Verantwortung, die er – selbstverständlich – mit allen anderen sozialistischen gesellschaftlichen Kräften teilt...» (S. 74). Und deshalb, weil die Verantwortung verteilt sei, gebe es in Jugoslawien den «demokratischen Pluralismus». Nach Kardelj ist der «demokratische Pluralismus», also nicht der Pluralismus vieler Parteien, sondern der Pluralismus im Rahmen des «Sozialistischen Bundes», der auch am System einer einzigen Partei festhält, in Jugoslawien mehr zu empfeh-

len. Diese Vorstellung besagt mit anderen Worten, dass im Rahmen des sogenannten Sozialistischen Bundes der «Bund der Kommunisten» und andere «gesellschaftlich-politische» Organisationen wirken, die «unabhängige Organismen sind... an denen sich der Bund der Kommunisten als ein Bestandteil betätigt und mit ihnen zusammenarbeitet...» (Seite 267).

Ohne weiter darauf einzugehen, kann man sagen, dass dieser «Pluralismus», wie man ihn auch nennen mag: »demokratischer Pluralismus« oder »Pluralismus der Interessen der Werktätigen« oder sonstwie, sich in Wirklichkeit nur formal vom bürgerlichen Pluralismus unterscheidet. Gibt es im kapitalistischen Staat viele Parteien, die sich im Parlament betätigen und Einfluss ausüben, wobei sie die Interessen der wichtigsten Schichten der Bourgeoisie oder irgendeiner anderen Klasse zum Ausdruck bringen, so betätigen sich auch in Jugoslawien der Bund der »Kommunisten« und andere Bünde, die sich nicht Parteien, sondern gesellschaftlich-politische Organisationen nennen und sich bemühen, die Interessen des Kleinbürgertums, der Arbeiteraristokratie usw. usf. zum Ausdruck zu bringen und diese Interessen im kapitalistischen jugoslawischen Staat zu verfechten. Die Schlussfolgerung der jugoslawischen Revisionisten, dass »unser politisches System nicht nur kein Einparteiensystem ist, es schliesst sogar ein solches System aus, wie es auch den Pluralismus vieler Parteien der bürgerlichen Gesellschaft ausschliesst«, ist deshalb eine Absurdität, eine bei den Anarchisten und den Anarchosyndikalistern entlehnte These, gegen die Marx, Engels, Lenin und Stalin mit aller Schärfe gekämpft haben.

Die von Kardelj vertretene Theorie über den «politischen Pluralismus» käme auch Hua Kuo-feng und Deng Hsiao-Ping zupass, mit ihrer Gleichberechtigung der verschiedenen Parteien im sozialistischen Staat, deren gegenseitigen Kontrolle, usw.

Wenn er von den Entwicklungsrichtungen des politischen Systems der «sozialistischen Selbstverwaltung» prahlt, kann Kardelj nicht umhin – um nicht allzu dick aufzutragen –, zuzugeben, dass es auch Übertreibungen, auch Fehler, auch Mängel gibt, denn: «Die neuen Verhältnisse sind in vielen Bereichen noch immer nicht in befriedigender Weise verwirklicht und funktionieren noch immer nicht zufriedenstellend» (S. 26). Aber auch wenn er dies nicht zugeben würde, die jugoslawische Wirklichkeit beweist tagtäglich, dass die «Selbstverwaltung» in eine Sackgasse geraten ist und daher können seine tröstenden Erklärungen, in denen er die «Selbstverwaltung» als das «qualifizierteste sozialistische System» bezeichnet, keinen Glauben bei denen finden, die Jugoslawien und sein politisches System aus der Nähe kennen.

Das politische System der «Selbstverwaltung» in Jugoslawien ist eine unverschämte Tarnung des revisionistischen Verrats am Marxismus-Leninismus, am wissenschaftlichen Sozialismus und am Kommunismus. Als Antimarxisten waren und sind die jugoslawischen Titoisten nicht für den Aufbau des Sozialismus, sondern für die Verewigung des Kapitalismus in verschiedenen Formen. Sie versuchen, die verschiedensten «Theorien» zu erfinden, in der Absicht, den Prozess des Verfaulens der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, da er schon nicht aufzuhalten ist, so doch wenigstens zu verlangsamen. Nach

Meinung der jugoslawischen Revisionisten kann jedes Volk, jeder Staat den Sozialismus aufbauen, ohne sich dabei auf allgemeingültige Gesetze und Prinzipien zu stützen, ohne die marxistisch-leninistische Ideologie. Sie geben nicht zu, dass der Sozialismus nur ein wirtschaftlich-gesellschaftliches System allein ist, sondern behaupten, es könne verschiedene Arten von Sozialismus geben. Sie missbrauchen und verdrehen die richtige marxistisch-leninistische These über die schöpferische Anwendung der Ideologie der Arbeiterklasse unter den besonderen Bedingungen jedes Landes, wenn sie darauf bestehen, dass für den Aufbau des Sozialismus keine allgemeingültigen Gesetze für alle Länder existieren, dass vielmehr jedes Land nach eigenem Wunsch und auf eigene Weise einen von den anderen unterschiedlichen «Sozialismus» aufbauen könne.

Nun müssen beim sozialistischen Aufbau unbedingt die konkreten Bedingungen jedes Landes berücksichtigt werden, aber der Sozialismus kann in ausnahmslos jedem Land nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, auf der Grundlage der allen Ländern gemeinsamen Gesetze und Prinzipien errichtet werden, die man nicht umgehen kann, will man nicht wieder beim Kapitalismus enden, wie Jugoslawien.

Um die These zu «begründen», wonach jedes Land seinen spezifischen Sozialismus errichten muss, sagen die jugoslawischen Revisionisten, für die Kardelj steht, dass «die sozialistische Selbstverwaltung beispielsweise den bürgerlichen Demokratien Europas oder der amerikanischen Demokratie nicht aufgezwungen werden kann», da sie ja nicht dieselben

Bedingungen erreicht hätten wie Jugoslawien. Zum Sozialismus kann man, ihnen zufolge, sowohl mit dem politischen Pluralismus des westlichen parlamentarischen Systems, als auch ohne ihn gelangen. Jedes Land kann also, ohne sich auf irgendeine Erfahrung, ja sogar ohne sich auf die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels zu stützen, seinen spezifischen Sozialismus aufbauen. Und trotzdem, meinen sie, die «Selbstverwaltung» als das beste System auf Erden preisend, dass dieses System, unabhängig von dem spezifischen Weg, den jedes einzelne Land beim Aufbau des Sozialismus einschlägt, auf weltweiter Ebene übernommen und verwirklicht werden könne.

Geleitet von seinem Subjektivismus und seiner gegen die Erfahrung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion der Zeit Lenins und Stalins gerichteten zügellosen Leidenschaft, wettet Kardelj so übel gegen diese Erfahrung und verliert derartig seine Urteilsfähigkeit, dass er diese als einen reaktionären Prozess bezeichnet und ihn mit dem politischen Pluralismus europäischen Typs auf eine Stufe stellt. Er drückt das so aus: «Daher spielen die Versuche, zum Beispiel den spezifischen politischen Pluralismus des europäischen Typs dort aufzuzwingen, wo weder die Bedingungen noch irgendein Bedürfnis für ein solches System existieren, in der Tat die gleiche reaktionäre Rolle in den zeitgenössischen Gesellschaftsprozessen, wie auch die Versuche, dieses oder jenes 'Modell' des Sozialismus jenen Ländern aufzuzwingen, die weder die Bedingungen noch das Bedürfnis für ein solches 'Modell' haben» (S. 49).

Diese ganze Tirade ist nichts als ein Wort-

spiel mit dem alleinigen Ziel, den Marxismus-Leninismus und die allgemeingültigen Gesetze des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft abzufertigen, die Massen zu betrügen und das kapitalistische System zu verewigen, indem ihm verschiedene «sozialistische» Anstriche gegeben werden. Das ist der Grund dafür, dass Kardelj in seinem Schmöker mit dem Titel: «Die Entwicklungsrichtungen des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung» kein einziges Mal von der wirklichen Zerschlagung der Macht des Kapitals spricht.

Diesem jugoslawischen «grossen Ideologen» zufolge ist der politische Pluralismus des bürgerlichen Parlamentarismus ein System, das das Individuum in einen «abstrakt-politischen Bürger» verwandelt, es passiv macht und daran hindert, ein Exponent bestimmter konkreter menschlicher oder gesellschaftlicher Interessen zu sein. In Jugoslawien dagegen läuft der Bürger angeblich keine Gefahr, in einen «abstrakt politischen Bürger» verwandelt zu werden, weil ihn die «Selbstverwaltung» angeblich lehrt, in erster Linie seine konkreten Interessen zu verteidigen! Auch diese These ist, eben so wie die übrigen These Kardeljs, weit von der Wahrheit entfernt. Sein «politisierter» Bürger in den kapitalistischen Ländern legt nicht die Hände in den Schoss. In diesen Ländern werden ihm zwar die Rechte abgesprochen, haben die Gesetze des Kapitals der Verteidigung der Interessen des werktätigen Menschen den Weg abgeschnitten, und doch versuchen die Arbeiter und kämpfen sie dafür, die Ketten der kapitalistischen Sklaverei zu zerreißen. Diesen Kampf, den die Arbeiterklasse in Kapitalismus führt, zu leugnen, widerspricht den Tatsachen.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung fügen sich nicht alle Menschen der bürgerlichen Politik und den Normen der bürgerlichen Moral. Im Gegenteil, nicht nur, dass sich die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft – das Proletariat und die übrigen ausgebeuteten und unterdrückten werktätigen Massen – der bürgerlichen Politik und Moral nicht fügen, sie stellen sich ihnen sogar entgegen und bekämpfen sie in vielerlei Formen und mit vielen Mitteln. Kardelj ist dies sicher nicht entgangen, aber er verdreht die Tatsachen, um eine Bestätigung zu haben, dass in seinem «spezifischen Sozialismus» das Individuum, der Mensch, der Bürger angeblich den Hauptplatz einnimmt und nicht von der Partei «politisiert» wird, dass dieses konkrete Individuum im politischen System der «Selbstverwaltung» und nur in diesem System ganz leicht seine konkreten Interessen verteidigen kann! Verfolgt man hier konsequent diesen Gedankengang Kardeljs genau nach seiner eigenen Logik bis zum Schluss, dann muss man die Absurdität akzeptieren, dass über eine Million Arbeitslose, die es in Jugoslawien gibt und die hungern, dieses Schicksal nicht etwa dem System der «Selbstverwaltung» zu verdanken haben, sondern ihrer eigenen Nachlässigkeit, weil sie eben nicht ihre konkreten Interessen verteidigen wollten! Im «sozialistischen Selbstverwaltungs»-Jugoslawien wurden die Werktätigen so weit politisch entwaffnet, dass sie nicht in der Lage sind, auch nur ihre allgemeinsten Interessen zu verteidigen. In ihrer überwiegenden Mehrzahl sind sie tatsächlich zu Menschen geworden, die keine andere Sorge haben als den Arbeitsplatz zu behalten oder, wenn sie

keinen haben, eine Beschäftigung zu finden, um sich innerhalb oder ausserhalb des Landes den Lebensunterhalt zu verdienen. In Wirklichkeit interessieren sich nur wenige Werktätige dafür, was dieses «Selbstverwaltungssystem», diese «vereinigte Arbeit», dieser «demokratische Pluralismus» usw. sind. Das ist mit ein Ziel, das die Titoisten, schon bei der Erfindung des «Selbstverwaltungssozialismus» verfolgten, dass nämlich die Werktätigen sich so wenig wie möglich um die Verteidigung ihrer Rechte kümmern, sich möglichst wenig für die Politik interessieren, nur ihr enges Eigeninteresse sehen und die gemeinsamen Klasseninteressen ausser acht lassen.

Im System des bürgerlichen Parlamentarismus «politisiert» sich, die Arbeiterklasse, laut Kardelj, unvermeidlich, denn der Syndikalismus und der Gewerkschaftskampf allein sichert ihr nicht den Weg zur politischen Macht. Weiter schreibt er, dass eine solche «Politisierung» die Arbeiterklasse in Parteien teilt und dass so, seiner Meinung nach, die neue Gefahr entsteht, dass die «Parteibürokratie» im Namen der Klasse tätig wird.

Es stimmt, dass der Kampf im Rahmen der Gewerkschaften der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern nicht die politische Macht bringt, daher organisieren sich die Arbeiter in politischen Parteien, um die Interessen ihrer Klasse zu verteidigen. Aber die Sorge Kardeljs gilt nicht der Entlarvung des Syndikalismus und auch nicht der verschiedenen «Arbeiter»parteien, die im Westen geschaffen werden und mit denen die jugoslawischen Revisionisten verbündet sind. Er will vielmehr zeigen, dass vom bürgerlichen Parlamentarismus über die bürgerlichen

Parteien bis hin zu den anderen, den kommunistischen und den revisionistischen Parteien und den Gewerkschaften, alle in gleicher Weise die Arbeiter spalten, weshalb diese Parteien, ihm zufolge, liquidiert werden müssen. Die Bourgeoisie und die Revisionisten sind ihrem Freunde wegen dieser Haltung nicht böse, denn sie verstehen wohl, dass Kardelj damit lediglich die Liquidierung der wahren marxistisch-leninistischen Parteien meint, während die anderen Parteien der Bourgeoisie weiterbestehen können, da diese Parteien, sowohl wenn es nur ein oder zwei sind, als auch wenn es viele sind, zu keinem Hindernis bei der Umgestaltung der kapitalistischen Ordnung in die «sozialistische Ordnung» werden!

Man darf sich nicht darüber wundern, dass Kardelj «in der Theorie» über eine Frage so schreibt, wo die Praxis doch ganz anders aussieht. Hinter den Theoretisierungen, die er spinnt, verbirgt der Scharlatan die zahlreichen Manipulationen, die in Jugoslawien vorgenommen worden sind, um jene Gesellschaft, die anfangs, nur um sich zu maskieren, in gewisser Hinsicht eine angeblich sozialistische Orientierung genommen hatte, in eine kapitalistische Gesellschaft zu verwandeln. Obwohl Kardelj aufgrund der von ihm vertretenen Position nicht konsequent ist und auch nicht konsequent sein kann, ist er in der Tat für das bürgerliche parlamentarische System, das er auf dem Papier notgedrungen als vom jugoslawischen «spezifischen» System verschieden darstellen muss. Seine Inkonsistenz wird deutlich, wenn er jenes System nicht vollständig ablehnt, sondern es demokratisch nennt, ein System, in dem «... die Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen

Kräfte eine bedeutsame fortschrittliche Rolle spielen, wenn sie für die Festigung der Position des Parlaments in der Gesellschaft und für die Erweiterung seiner Kompetenzen im Vergleich zu den Kräften der ausserparlamentarischen Macht kämpfen» (S. 55).

Diese «Theorisierungen» Kardeljs zielen keineswegs darauf ab, die Tendenzen zu entlarven, die sich gegenwärtig in der Entwicklung des kapitalistischen Staates feststellen lassen, dass die Exekutive (die Regierung) immer mehr ihre Kompetenzen auf Kosten der Legislative (des Parlaments) ausweitet und damit die Voraussetzungen dafür schafft, zur Errichtung des Faschismus überzugehen, wenn die Monopolbourgeoisie dies als notwendig erachtet. Kardelj ist keineswegs beunruhigt über die Gefahr der Faschisierung, die heute in vielen kapitalistischen Staaten droht, denn auch sein Staat geht denselben Weg. Daher verlangt er, dass die Arbeiterklasse ihre historische Mission – die Macht der Bourgeoisie durch die Revolution zu stürzen, wie Marx und Lenin lehren, – nicht erfüllt. Wenn er zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus schreibt, enthüllt Kardelj damit ungewollt, dass die Titoisten in dieser Hinsicht starken Druck besonders von Seiten des amerikanischen und des westeuropäischen Grosskapitals ausgesetzt sind, die in Jugoslawien investiert haben. Dieser Druck soll bewirken, dass in Jugoslawien die bürgerliche Demokratie in breiterem Massstab entwickelt wird, dass also in diesem Land viele Parteien geschaffen werden: sozialdemokratische, revisionistische, «kommunistische» u.a. Nun sind zwar die jugoslawischen Revisionisten nicht gegen das parlamentarische Mehrparteiensystem, sie wollen aber trotzdem ihr eigenes

Einparteiensystem nicht zerstören, dass sie als «selbstregierend» propagiert haben, nicht nur weil sie entlarvt würden, sondern noch mehr aus Angst vor der Gefahr, die dies für das Monopol der Titoisten in allen Staatsgeschäften heraufbeschwören könnte – ihr Monopol in der Armee, in der UDB und in den andere Unterdrückerorganismen wie auch in den betrügerischen Organismen der bürgerlichen Manipulation der Menschen.

In Wirklichkeit lehnt Kardelj das, was er «politisches Monopol» beim Regieren der Gesellschaft nennt und von dem er erklärt, es sei als Privileg der Chefs der politischen Parteien und der Exekutivorgane der bürgerlichen «Demokratie» erhalten geblieben, nicht ab. Er lehnt also nicht das parlamentarische und das ausserparlamentarische System ab, sondern äusserst sich gegen «die Überreste dieses Systems», die der Sozialismus angeblich in seiner Anfangsphase und seinen Frühformen erbt.

Es versteht sich, dass Kardelj, ohne die Form des bürgerlichen Parlaments anzugreifen, den Versuch macht, sie den staatlichen Organen der wirklich sozialistischen Gesellschaft gegenüberzustellen. Diese Ideen kommen noch deutlicher zum Vorschein, wenn er schreibt, dass unter Bedingungen, da die Produktionsmittel verstaatlicht sind, das Parlament ohne die «Selbstregierung» der Arbeiter dasselbe sei wie das politische Einparteiensystem des Sozialismus, dem die «etatistische Form des gesellschaftlichen Eigentums» zugrunde liege. Mit dem politischen System «in der etatistischen Form des gesellschaftlichen Eigentums» meint Kardelj unsere Macht der Volksräte sowie die Sowjetmacht, die Lenin in der Sowjetunion errichtete, um die

neue sozialistische Gesellschaft unter der Führung der bolschewistischen Partei aufzubauen.

Mit der Ablehnung der Ziele der Oktoberrevolution und der gewaltigen Arbeit, die in der Sowjetunion unter Führung Lenins und später Stalins viele Jahre lang für den Aufbau des Sozialismus geleistet wurde, will der Revisionist Kardelj beweisen, dass Jugoslawien, das das «etatistische» gesellschaftliche Eigentum liquidiert und es in «vergesellschaftlichtes Eigentum» verwandelt hat, nicht etwa Verrat geübt hat, wie man ihm vorwirft, sondern angeblich einen «sozialistischen» Staat, einen «selbstverwaltenden Sozialismus» erfunden hat, von dem, es zwar «theoretisch» nicht für alle empfiehlt, doch allen von Herzen wünscht, dass sie ihn in der Praxis befolgen.

Das «Einparteiensystem» in Jugoslawien entspricht gegenwärtig laut Kardelj, nicht mehr der Variante des «spezifischen Sozialismus». War es anfangs der Entwicklung der sozialistischen Revolution als Element der anfänglichen Struktur der Diktatur des Proletariats eingeführt worden, so wird es jetzt als «... unvereinbar mit den sozialökonomischen und demokratischen Beziehungen der sozialistischen Selbstregierung und mit ihrem demokratischen Pluralismus der Interessen der Selbstregierung» bezeichnet (S. 63).

Die jugoslawischen Revisionisten tun so, als seien sie mit dem System der Herrschaft vieler Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft nicht einverstanden, aber auch die Führung des Staates und der Gesellschaft durch eine einzige politische Partei der Arbeiterklasse wollen sie nicht akzeptieren. Darum tun sie so, als hätten sie «die goldene Mitte», den sogenannten «demokratischen Pluralismus» gefunden. Es

stimmt, dass im jugoslawischen System der «Selbstregierung» sowohl Elemente des «Einparteiensystems» als auch Elemente des «Mehrparteiensystems» enthalten sind. Aber dieses verworrene System ist nichts anderes als ein kapitalistisches System, eine üble Ausgeburt der jugoslawischen Bourgeoisie, um über die werktätigen Massen zu herrschen und sich hinter einer «marxistischen» Fassade zu tarnen.

Um Lenin und Stalin mit Schmutz zu bewerfen, versucht der titoistische Verfasser, diese grossen Führer des Weltproletariats einander entgegenzustellen, um «nachzuweisen», dass sie angeblich nicht die gleichen Vorstellungen über das politische System des sozialistischen Staates gehabt haben. Und so verleumdet er sie: «Zwischen der Auffassung Lenins und der Stalins über das politische System des sozialistischen Staates gab es eine grosse Unvereinbarkeit. Grundlage und Wesen der Auffassung Lenins über die Macht der Sowjets ist die direkte Demokratie...» (S. 67).

Es ist allgemein bekannt, dass Stalin ein eifriger Schüler, ein treuer Genosse und ein sehr enger Mitarbeiter Lenins war. Bis heute hat es niemand ausser den Feinden gewagt Stalin Lenin entgegenzustellen. Mit diesen Anspielungen wird eine feindliche Absicht verfolgt, aber die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung ist an die Manöver der Revisionisten gewöhnt, die einst erklärten, sie seien Marxisten-Leninisten, aber «Nichtstalinisten» und die jetzt versuchen, Lenin gegen Marx zu stellen und sich darum streiten, ob sie nur «Marxisten» sein sollen oder auch «Leninisten». Und morgen werden sie ihre Masken von Renegaten und Verrätern ganz fallen lassen und bestimmt ver-

klären, dass sie auch nicht für Marx sind. Sie werden sich dafür auch die entsprechenden «Theorien» ausdenken, die alles möglich sein können, nur nicht kommunistisch nur nicht proletarisch.

Lenin hat als wahrer Marxist über die sozialistische Demokratie, über die direkte Beteiligung der werktätigen Massen an den Regierungsgeschäften des Landes gesprochen und diese revolutionären Ideen einige Jahr lang umgesetzt, als er an der Führung des Sowjetstaats stand. Nach ihm verfolgte Stalin denselben Weg. Doch Lenin verstand unter sozialistischer Demokratie und unter direkter Beteiligung der Massen an den Regierungsgeschäften keineswegs die Schwächung des Staates der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Partei der Bolschewiki. Er hat die Diktatur des Proletariats niemals der wahren Demokratie entgegengestellt, die er bestimmt hat als den Staat, der

«... auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) ist»<sup>1</sup>

Das zeigt ganz offensichtlich, dass Lenin niemals dafür war und auch niemals hätte dafür sein können, die Diktatur des Proletariats durch dieses von den jugoslawischen Revisionisten erfundene System der «Selbstverwaltung» zu ersetzen, um zum Kapitalismus zurückzukehren.

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, alb. Ausg., S. 488.

Zu Lenins und Stalins Zeiten war in der Sowjetunion die Arbeiterklasse an der Macht, die durch ihre Partei, die Erfüllung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erfolgreich leitete, plante und sie ausführte. In Jugoslawien hat man die grosse Rolle des sozialistischen Staates unberücksichtigt gelassen, und haben ihn mit dem sogenannten «System der Delegierten» identifiziert, das, wie auch Kardelj zugibt, «... ernsthafte Schwächen in allen Richtungen seines Funktionierens aufzuweisen hat» (S. 213).

Auch Kardelj selbst versteht, dass ihm die Berufung auf Lenin in Fragen der Demokratie, nicht dabei helfen kann, die «Selbstverwaltung» nicht im geringsten zu rechtfertigen. Daher versucht er, den Menschen durch Sophismen weiszumachen, dass der Standpunkt Lenins «... nicht bis in seine faktischen Konsequenzen ausgearbeitet ist... Es liegt jedoch auf der Hand, dass sein Wesen, eben die direkte Demokratie, das heisst die Selbstregierung ist» (S. 67). Kardelj «philosophiert» und versucht, den Mangel an Argumenten nach Belieben durch willkürliche, phantastische Auslegungen wettzumachen. Er will den anderen weismachen, Lenin habe die Idee der «Selbstverwaltung» anfangs richtig vertreten, später jedoch nicht mehr die Gelegenheit gehabt, sie weiter zu entwickeln, so wie es Tito und ihm, Kardelj, gelegen kommen würde. Die von Lenin geäusserte Auffassung, wonach das Proletariat durch seine Partei die Sowjetmacht führen, organisieren, leiten und das Land regieren wird, war und bleibt die Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie. Eben diese Kernfrage von theoretischer und praktischer Bedeutung umgehen

die Titoisten, und diese Abweichung wollen sie durch die Verdrehung der richtigen Thesen Lenins kaschieren.

Stalin hatte nach Meinung der Titoisten, „... ein Konzept der indirekten Demokratie, das heisst, er eignete sich im Kern das klassische politische System des bürgerlichen Staates und seinen politischen Pluralismus an, nur dass er einer Partei jene Rolle zukommen liess, die das Mehrparteiensystem im bürgerlich-parlamentarischen Staat hat“ (S. 68). Die Titoisten sagen, Stalin sei von den leninistischen Auffassungen abgewichen, da er eine «indirekte Demokratie» verwirklicht habe, indem er den Staat durch eine Partei geführt habe, die den bürgerlichen Parteien und den Erscheinungen des parlamentarischen Systems sehr geähnelt habe. Das ist die «vernichtende» Kritik dieses Pseudomarxisten an der Tätigkeit und am Werk Josef Stalins! Stalin betrachtete, wie Lenin, die Demokratie unter dem Blickwinkel der Klasse, als eine Form der politischen Organisation der Gesellschaft, als eine politische Voraussetzung für die Einbeziehung der Massen in die Regierung des Landes, um die Diktatur des Proletariats zu verteidigen und zu festigen und der revisionistischen Entartung und der Wiederherstellung des Kapitalismus den Weg zu verbauen. Als Marxist-Leninist, der er war, war Stalin zu Recht kategorisch gegen ein einseitiges, liberales und anarchisches Verständnis von Demokratie und bezog Stellung gegen die kleinbürgerlichen Auflösungserscheinungen und Spekulationen mit den Rechten und Freiheiten, die die proletarische Demokratie garantiert. Und daran hat er sehr gut getan. Die Revisionisten dagegen wollen die proletarische Demokratie auch in der

Theorie – wie sie es bereits in der Praxis taten – in eine bürgerliche Demokratie verwandeln. Und eben deshalb sind sie gegen Stalin.

Der Vorwand mit dem die jugoslawischen Pseudomarxisten ihre Kritik an dem wahren sozialistischen System rechtfertigen, ist der, dass sich angeblich die Begriffe «Arbeiter» und «Arbeiterklasse» heute geändert hätten, dass sich auch das Verständnis von dem Begriff «Staatsbürger» geändert habe. Ihnen zufolge ist «die Arbeiterklasse zu einem abstrakten politischen Subjekt geworden, das keine Macht ausübt, aber in dessen Namen die Macht ausgeübt werden kann». Das bedeutet also, dass im wirklich sozialistischen System nicht etwa die Arbeiterklasse die Macht ausübt, sondern jemand anderes, der in ihrem Namen über der Klasse wirkt. Das ist ein grosser Betrug, eine schamlose Entstellung der Wirklichkeit. Das heisst, auf den philosophischen Positionen des Idealismus zu stehen und die Wahrheit nicht darin zu sehen, was objektiv besteht, sondern darin, was in deinem Hirn vor sich geht.

Daraus leitet der Revisionist Kardelj die Idee ab, dass der Arbeiter in den Produktionsverhältnissen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in seinen Beziehungen zu den anderen Arbeitern, in seiner gesellschaftlichen Stellung usw. usf. konkret nichts wert ist! Und seiner Meinung nach entsteht so angeblich «... der Dogmatismus des gesellschaftlichen Eigentums als staatlichen Eigentums, und damit auch die Notwendigkeit des zentralisierten Staates, der führenden Rolle des Staats- und Parteiapparats. . . während die Klasseninteressen und die Bestrebungen des konkreten Arbeiters. . . diskreditiert

bzw. als Handeln ausserhalb der allgemeinen Gesetzmässigkeit bezeichnet werden...» (S. 70).

So verzerrt also Kardelj das wahre sozialistische System und die sozialistischen Produktionsverhältnisse der Zeit Lenins und Stalins und folglich auch den Aufbau des Sozialismus in unserem Land. Wenn er sich gegen den demokratischen Zentralismus, die führende Rolle der Partei, die staatliche Form des sozialistischen Eigentums usw. ausspricht, will Kardelj «die Überlegenheit» des «Selbstverwaltungs»systems zeigen, in Wirklichkeit aber entlarvt er sich selbst, indem er sich offen gegen die unvergänglichen Ideen der Klassiker des Marxismus-Leninismus über diese grundlegenden Fragen stellt. In der Tat verwandeln sich diese seine «Beschuldigungen» gegen uns in Eingeständnisse, die sich gegen das jugoslawische politische «Selbstverwaltungs»system richten. Die jugoslawische Wirklichkeit beweist heute täglich, und wird morgen noch besser beweisen, wohin die Clique Titos und Kardeljs Jugoslawien, seine Völker und seine Arbeiterklasse führt.

Die Titoisten behaupten, ihr System sei «selbstverwaltend». Wer sind aber diejenigen, die in Jugoslawien selbst regieren? Die Arbeiter oder die Bauern? Weder die Arbeiter noch die Bauern. Sie sind genauso unterdrückt wie ihre Genossen in den kapitalistischen Ländern. Im «Selbstverwaltungs»system herrschen diejenigen, die an der Spitze der Pyramide sind, die neuen Bourgeois, die, während sie sich ein Aushängeschild von «Kommunisten» umhängen, das Volk niederhalten und die in Wirklichkeit nichts sind als bürgerliche Technokraten, die die bürokratische, etatistische, faschistische Macht leiten.

Aus solchen Elementen sind die «Delegierten-Beratungen», die exekutiven Staatsorgane im Delegiertensystem usw. zusammengesetzt.

Im System der Diktatur des Proletariats nehmen bekanntlich die Massenorganisationen eine besondere Stellung ein und spielen eine wichtige Rolle. Sie sind Hebel der Partei, um sich mit den Massen zu verbinden und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und die sozialistische Demokratie zu verwirklichen. Die gesellschaftlichen Organisationen im Sozialismus bringen die Linie der proletarischen Partei den Massen nahe, sie sind eine gewaltige Waffe der Revolution und des sozialistischen Aufbaus, sind Kampftribünen, wo sich die Volksmeinung Bahn bricht. Sie haben die Aufgabe, die Massen zu erziehen und sie bewusst und fähig zu machen, aktiv am sozialistischen Aufbau und an den Regierungsgeschäften teilzunehmen.

Die Aufgaben, die diesen Organisationen als Bestandteil des Systems der Diktatur des Proletariats zukommen, erfüllen sie unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse, im Rahmen der ihnen eigenen Besonderheiten und ihrer Spezifika.

Die gesellschaftlichen Organisationen können nicht isoliert von der proletarischen Partei, von den übrigen Organisationen und vom sozialistischen Staat wirksam werden. Nämlich das Gegenteil an, dann wäre es theoretisch sinnlos, dass sie Elemente eines einzigen Systems sind, würden sie in der Praxis in tote Organismen verwandelt werden, ohne jeden Zweck und ohne irgendwelche Aufgaben zum Nutzen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erfüllen.

Ebenso wie die Partei und den Staat, hat man in Jugoslawien auch die Massenorganisationen von ganz und gar anarchistischen Positionen aus behandelt und eingeschätzt. Im Gegensatz zu der Idee Lenins, nach der die Massenorganisationen

„...die nächsten und unerlässlichsten Mitarbeiter der Staatsmacht sind...“<sup>1</sup>

wurde dort der Standpunkt vertreten, dass die Zusammenarbeit dieser Organisationen mit dem sozialistischen Staat eine Form des «bürokratischen Etatismus» sei. Die jugoslawischen Revisionisten stellen sich diese Organisationen sogar so vor, dass jede auch unabhängig von der Partei wirksam werden kann. «Wir», so Kardelj, «sind schon seit langem von der Weltanschauung abgegangen, wonach diese Organisationen sogenannte Transmissionsriemen des Bundes der Kommunisten sind» (S. 267). Hier ist die Rede keineswegs davon, dass die einzige Partei in Jugoslawien und der jugoslawischen Staat, die sich in Händen der Bourgeoisie befinden, keine Macht auf diese Organisationen ausüben. Im Gegenteil, die Titoisten haben niemals auf die Manipulation der Massen durch die gesellschaftlichen Organisationen verzichtet, doch Kardelj will mit seiner Aussage auf etwas anderes hinaus. Er will nur die Verbindungen der marxistisch-leninistischen Parteien zu den Massen zerstören, während die gesamte revolutionäre Erfahrung zeigt, dass diese Parteien nur mit in den entsprechenden, von der proletari-

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, alb. Ausgabe, S. 202.

schen Partei geführten Organisationen organisierten Massen wirkliche Verbindungen schaffen und aufrechterhalten können.

Es ist bekannt, dass mit der Idee von der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei die Idee von ihrer revolutionären Ideologie aufs engste verbunden ist. Die Massenorganisationen von dieser Partei loszulösen bedeutet daher, sie von der marxistisch-leninistischen Ideologie loszulösen und die entstandene Lücke mit der bürgerlichen revisionistischen Ideologie aufzufüllen. Diese Absicht zeigt sich deutlich, wo Kardelj über den Menschen als Mitglied des «Sozialistischen Bunds» schreibt: «... es ist nicht gesagt, dass seine ideologischen Standpunkte immer und in jedem Bereich mit der Ideologie des Marxismus in Übereinstimmung stehen» (S. 280). Das heisst, dass sich der jugoslawische Werktätige auch von bürgerlichen, feudalen, faschistischen u.a. Ideen und Weltanschauungen leiten lassen kann und in dieser ideologischen Konfusion auch noch die Unterstützung des Regimes genießt.

Die Tatsache, dass die Massenorganisationen ein fester Bestandteil des Systems der Diktatur des Proletariats sind, heisst nicht, dass sie, unter der Maske der «Demokratie» und durch die Verleihung einiger «staatlicher» Kompetenzen, wie man in der revisionistischen Sowjetunion vorgegangen ist, zu «Partnern» oder zu «Anhängseln» des Staatsapparats werden. Die wahre Partei der Arbeiterklasse, die treu am Marxismus-Leninismus festhält, muss achten, dass die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen nicht verblasst, sondern immer mehr gefestigt wird. In Jugoslawien, schreibt Kardelj, ist das Phänomen festzustellen, dass

die Grundorganisationen der Gewerkschaften zum „... Schwanz der arbeitsleitenden Organe geworden sind“ (S. 295). Das geschah, weil die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen, ihr Platz in der Gesellschaft und die Beziehungen, die sie zu der Partei und dem Staat unterhalten müssen, von verdrehten Positionen aus festgelegt worden sind.

In Kardeljs Buch wird auch noch besonders auf den «Sozialistischen Bund des Werktätigen Volkes», auf die Gewerkschaften, auf den «Bund der Sozialistischen Jugend» usw. eingegangen, über die man eine ganze Menge schreiben und lang polemisieren könnte. Wir gingen aber hier nicht bis in die Einzelheiten, da wir es für besser hielten, nur die prinzipiellen Abweichungen der jugoslawischen Revisionisten hinsichtlich der Organisierung, der Ziele und der Tätigkeit der Massenorganisationen hervorzuheben.

Auch gegenüber der Rolle der Religion und ihrer Ideologie nehmen die jugoslawischen Revisionisten eine reaktionäre Haltung ein. Bekanntlich diente die religiöse Ideologie den Ausbeuterklassen stets dazu, die werktätigen Massen auszubeuten und zu unterdrücken. Sie ist ein Mittel, um bei den Menschen das Gefühl der Ohnmacht angesichts der Leiden, des Unglücks und des Elends zu züchten. Die religiöse Ideologie benebelt die Menschen und lähmt ihr Handeln zur Umgestaltung der Natur und der Gesellschaft. Deswegen hat Marx bekanntlich die Religion mit dem Opium verglichen. Er schrieb: «... Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt

einer herzlosen Welt... Die Religion ist das  
Opium des Volkes.»<sup>1</sup>

Eben wegen der reaktionären Rolle, die die Religion spielt, genoss und genießt sie die Unterstützung der herrschenden Klassen. Die Sprache der Kapitalisten, der Revisionisten und der reaktionären Kleriker ist im wesentlichen dieselbe. Die marxistisch-leninistische Partei kann sich nicht mit der religiösen Ideologie und ihren Einflüssen abfinden. Die theoretische Grundlage der Politik und des Programms der wahren Partei der Arbeiterklasse ist die marxistisch-leninistische Philosophie und nicht der Idealismus und die Religion. Der Klassenkampf für den Aufbau des Sozialismus kann nicht vom Kampf gegen die Religion getrennt werden.

In Jugoslawien wurde die Religion ebenso eingeschätzt und behandelt wie in den anderen kapitalistischen Staaten, es gibt hier überhaupt keinen Unterschied. Die Vergiftung der Massen durch die Ideologie der Religion wird dort allein als ihre Privatangelegenheit betrachtet, und Partei und Staat sehen dabei seelenruhig zu, denn für sie ist die Religion «... niemals ein Hindernis für die gleichberechtigte Eingliederung des gläubigen Menschen in das sozialistische Leben der Gesellschaft» (S. 178). Man sieht, was das für ein schöner Sozialismus ist: die religiöse Ideologie steht keineswegs im Gegensatz zu ihm und, wie Kardelj schreibt: «Für die überwiegende Mehrzahl der gläubigen

---

<sup>1</sup> K. Marx und F. Engels «Über die Religion», alb. Ausg.,  
S. 45

Werkstätigen ist der Sozialismus zu einer Sache ihrer tiefsten Überzeugung geworden...» (S. 179-180). Da hören wir von diesem «grossen Philosophen», dass die Kleriker mit tiefen idealistischen und religiösen Überzeugungen nun auch noch in den Sozialismus, in die gesellschaftliche Ordnung, die sich auf die marxistisch-leninistische Philosophie, auf den dialektischen und historischen Materialismus stützt, verliebt seien! Nicht nur die Arbeiter, die Kommunisten und jeder ehrliche Mensch der Welt wird sich bei der Lektüre dieser Phrasen des titoistischen Renegaten wundern, sondern auch die Kleriker selbst werden lachen, denn bis heute ist es ihnen noch nicht eingefallen zu behaupten, dass sie den Sozialismus mögen, den Sozialismus, den sie verflucht haben und weiterhin aus ganzen Herzen verfluchen. Mit ihrer Aussöhnung mit der religiösen Ideologie zeigen die jugoslawischen Revisionisten noch deutlicher, wie «marxistisch» sie sind, wie «materialistisch» ihre Ideologie und folglich wie sozialistisch das politische System der «Selbstverwaltung» ist, das sich auf diese Ideologie stützt.

Die Partei der Arbeit Albaniens hat die marxistisch-leninistische Lehre über den Staat der Diktatur des Proletariats und über die sozialistische Demokratie, über die Führende und ungeteilte Rolle der Partei der Arbeiterklasse und über die Notwendigkeit der Entfaltung des Klassenkampfes konsequent angewandt. Unsere historische Wirklichkeit bestätigt in überzeugendster Weise, dass, wenn die allgemeingültigen Gesetze des Marxismus-Leninismus unter

Berücksichtigung der Besonderheiten des Landes angewandt werden, die Revolution den Sieg davon trägt und der Prozess des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft nicht aufgehalten werden kann. Das Beispiel Albaniens widerlegt alle «Theoretisierungen» der kapitalistischen und revisionistischen Philosophen gegen die Diktatur des Proletariats, gegen die führende Rolle der Partei und gegen die Entfaltung des Klassenkampfes.

Unsere grossen Siege an der Front des sozialistischen Aufbaus haben wir in erster Linie der Treue zum Marxismus-Leninismus zu verdanken. Wenn wir immer über die Feinde gesiegt haben, so eben deshalb, weil wir prinzipienfest, ehrlich und mutige Revolutionäre waren.

Gerade weil sich die marxistisch-leninistische Theorie in der Praxis des sozialistischen Aufbaus in Albanien niederschlägt, wurde diese Praxis zum Gegenstand der Angriffe von seiten der Feinde dieser Theorie, wurde sie zu deren Zielscheibe.

Wir werden uns mutig mit den Gegnern unserer Ideologie auseinandersetzen, denn wenn es darum geht, die marxistisch-leninistischen Prinzipien zu verteidigen, können wir keinen Schacher treiben und keine faulen Kompromisse schliessen, wie sie uns die Kapitalisten und die Revisionisten aufzwingen wollen.

Der Kampf zwischen den Marxisten-Leninisten und den Verrätern an der Ideologie des Proletariats geht weiter und er wird so lange weitergehen, bis der Revisionismus, der als eine Agentur der Bourgeoisie und des Imperialismus entsteht und sich entwickelt, aus der

Welt geschafft ist. Es ist unsere Pflicht als Marxisten-Leninisten, die revolutionäre Weltanschauung der Arbeiterklasse zu verteidigen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da zu dem alten Revisionismus auch der chinesische Revisionismus hinzugekommen ist, ist diese Pflicht noch zwingender geworden. Die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgabe erfordert, dass wir die antimarxistischen konterrevolutionären Theorien und Praktiken der Feinde, die unter der Parole der «schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus» und des «Kampfes gegen den Dogmatismus», vor allem die marxistische Lehre über die Diktatur des Proletariats und über die Partei neuen Typs angreifen, kennen, analysieren und entlarven.

Die sozialistische Gesellschaft festigt sich im Kampf gegen ihre Feinde, daher müssen wir Kommunisten diesen Kampf frontal führen, bis wir den Sieg errungen haben. Wir sind Revolutionäre und verteidigen die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die neue und fortgeschrittenste Ordnung auf der Welt ist, während die Revisionisten reaktionär sind, denn sie fallen vor der alten bürgerlichen Ordnung in die Knie und kapitulieren vor ihr. Die Zukunft ist düster für unsere Gegner und glücklich für uns. Aber diese Zukunft kommt nicht im Selbstlauf, man muss sie ständig und sorgsam vorbereiten, durch Kampf auf politischem, ideologischem, wirtschaftlichem Gebiet, auf dem Gebiet der Verteidigung, usw.

Das Buch Kardeljs muss sowie viele andere Bücher, die die internationale Bourgeoisie und der internationale Revisionismus herausgeben, um ihre reaktionären, antimarxistischen und antileninistischen Ideen zu propagieren, entlarvt

werden, damit die Kommunisten, die Arbeiter und die fortschrittlichen Menschen, die die revisionistische Wirklichkeit nicht oder nur von weitem kennen, sich nicht durch die «linken» Parolen in die Irre führen lassen. Um unsere Wachsamkeit zu schärfen, um auf der Höhe unserer Mission als Kommunisten zu stehen, müssen wir uns die wichtige Feststellung Lenins ins Gedächtnis rufen:

*«Die Menschen ... (werden) in der Politik stets die einfältigsten Opfer von Betrug und Selbstbetrug... sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.»<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 19, alb. Ausg., S. 9

## INHALTSVERZEICHNIS:

	Seite
1. - Kurzer historischer Überblick über den Weg der Titorevisionisten .....	4
2. - Das System der «Selbstverwaltung» in der Wirt- schaft. ....	22
3. - Die «Selbstverwaltung» und die anarchistischen Ansichten über den Staat. Die nationale Frage in Jugoslawien. ....	46
4. - Das System der «Selbstverwaltung» und die Leugnung der führenden Rolle der Partei. ....	71
5. - Politisch-ideologischer Pluralismus, «Demokratie» und «sozialistischer» Aufbau in Jugoslawien. ....	86